

*Eine marxistische Begründung für
eine andere Außenpolitik der
Linkspartei - Zur Rede von
Katja Kipping auf dem
Europaparteitag der Linkspartei*

Michael Frank

www.michael-frank.eu

Impressum

Titel: Eine marxistische Begründung für eine andere Außenpolitik der Linkspartei - Zur Rede von Katja Kipping auf dem Europaparteitag der Linkspartei

Autor: Michael Frank, www.michael-frank.eu, PND 142082090

Deutsche Nationalbibliothek: <http://d-nb.info/gnd/142082090>

Verlag und Druck: Michael Frank, www.michael-frank.eu

Umschlaggestaltung: Michael Frank, www.michael-frank.eu

Ort und Jahr: Berlin, 2014

URN: urn:nbn:de:0275-2014022401

Alle Rechte vorbehalten.

Eine marxistische Begründung für eine andere Außenpolitik der Linkspartei - Zur Rede von Katja Kipping auf dem Europaparteitag der Linkspartei

Michael Frank, www.michael-frank.eu vom 23. Februar 2014

Ich möchte in diesem Werk eine marxistische Begründung für eine andere Außenpolitik der Linkspartei bieten. Dazu möchte ich mich zunächst sehr kritisch mit der Rede von Katja Kipping auf dem Europaparteitag der Linkspartei auseinandersetzen. Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich den sozialpolitischen Positionen von Katja Kipping durchaus zustimmend gegenüberstehe. Den außenpolitischen Vorstellungen von Frau Kipping stehe ich jedoch sehr kritisch bis ablehnend gegenüber. An dieser Stelle möchte ich daher, ganz in marxistischer Tradition, kritisch-dialektisch die Teile ihrer Rede auf dem Europaparteitag der Linkspartei vom 15. Februar 2014 kommentieren, bei denen sie sich zu außenpolitischen Fragen äußert. Danach möchte ich erläutern, wo die Ursachen für diese für mich falschen Positionierungen zu suchen sind. Des Weiteren möchte ich meine außenpolitischen Auffassungen und Grundüberzeugungen philosophisch begründen und nutze dazu die Theorie von Karl Marx und Friedrich Engels. Ich arbeite hier empirisch, nutze die Hermeneutik und sehe dieses Werk als ein Werk in der Tradition des Wissenschaftlichen Sozialismus. Am Ende möchte ich einen logischen Schluss fassen, den ich für konstruktiv und einen wichtigen Beitrag in der parteiinternen Debatte zur Außen- und Europapolitik der Linkspartei halte.

Eine Kritik an der Parteitagsrede von Katja Kipping

Frau Kipping äußerte sich zunächst sehr kritisch zu den Passagen zur Außenpolitik im schwarz-roten Koalitionsvertrag der Deutschen Bundesregierung:

„Vor allem aber erschreckt mich die Außenpolitik dieser Regierung.

Im Koalitionsvertrag der Vorgängerregierung – also unter Schwarz-Gelb – war immerhin noch von einer "Kultur der militärischen Zurückhaltung" die Rede. Ein solches Bekenntnis sucht man im aktuellen Regierungsprogramm vergeblich. Und sehr schnell wurde klar, dass diese Leerstelle kein Versehen war. Die ersten 100 Tage sind noch nicht einmal vorbei und schon hat diese Regierung außenpolitisch ihr wahres Gesicht gezeigt.“¹

Ich denke, dass diese Aussagen nicht der Wahrheit entsprechen. Tatsächlich steht im Koalitionsvertrag von CDU und SPD zwar nicht die genannte Formulierung, aber andere Passagen lassen durchaus darauf schließen, dass auch die Bundesregierung nicht das Ziel verfolgt, eine imperiale Militarisierung der deutschen und europäischen Außen- und Verteidigungspolitik zu betreiben. Vielmehr scheint es mir, als wolle die Bundesregierung der gewachsenen Verantwortung Deutschlands in der Weltpolitik dadurch Rechnung tragen, dass sie ihren Willen zur internationalen Zusammenarbeit bei Krisen, Konflikten und Kriegen in der Welt bekundet. So heißt es etwa im schwarz-roten Koalitionsvertrag:

¹ Kipping, Katja: Wer Europa will, der muss es den Reichen nehmen, Rede von Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, zur Eröffnung des Hamburger Parteitages, in: [die-linke.de](http://www.die-linke.de) vom 15. Februar 2014, online unter: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/europaparteitag-2014/reden/katja-kipping/>

„Deutschland stellt sich seiner internationalen Verantwortung. Wir wollen die globale Ordnung aktiv mitgestalten. Dabei lassen wir uns von den Interessen und Werten unseres Landes leiten. Deutschland setzt sich weltweit für Frieden, Freiheit und Sicherheit, für eine gerechte Weltordnung, die Durchsetzung der Menschenrechte und die Geltung des Völkerrechts sowie für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung ein.

Wir stehen bereit, wenn von unserem Land Beiträge zur Lösung von Krisen und Konflikten erwartet werden. Dabei stehen für uns die Mittel der Diplomatie, der friedlichen Konfliktregulierung und der Entwicklungszusammenarbeit im Vordergrund.“²

Die Interessen und Werte unseres Landes sind doch die Menschenwürde, das Recht auf Leben, die Umsetzung der europäischen Menschenrechtskonvention und der UN-Menschenrechtscharta. Ich denke schon, dass man insbesondere die letzte Passage in diesem Zitat dahingegen interpretieren darf, dass sich die Bundesregierung hier immer zuerst militärisch zurückhaltend verhalten will. Diese Position kann man auch exemplarisch an der Syrien-Krise festmachen, wo man der Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht vorwerfen kann, dass sie nicht engagiert genug wäre in ihren diplomatischen Bemühungen diesen Bürgerkrieg zu beenden. Auch in puncto Abrüstung steht im aktuellen Koalitionsvertrag die Passage:

„Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik sind ein bedeutsames Element deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung tragen wesentlich zum Frieden sowie zu unserer Sicherheit und Stabilität bei. Wir treten für allgemeine und weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle sowohl von konventionellen als auch von Massenvernichtungswaffen ein.“³

Insofern sehe ich von den normativen Willensbekundungen der Bundesregierung her hier keinen Ansatzpunkt für berechtigte oder gar konstruktive Kritik an ihr. Man mag im Einzelfall hier zu anderen parteipolitischen Beurteilungen kommen, aber im Grunde kann man nicht behaupten, dass die Bundesregierung hier gewalttätig agieren will, sondern sich an das Internationale Recht hält. Ebenfalls werden die Vereinten Nationen, im Gegensatz zum unilateralen Handeln der Großmächte hier in den Fokus der politischen Anstrengungen gerückt:

„Den Vereinten Nationen kommt eine Schlüsselrolle für die Wahrung des Friedens und zur Bewältigung von globalen Herausforderungen zu. Mit neuen Initiativen, die wir mit unseren europäischen Partnern abstimmen, wollen wir unseren Beitrag zur Erneuerung und Weiterentwicklung der Strukturen der Vereinten Nationen leisten, einschließlich einer Reform und Erweiterung des Sicherheitsrates. Deutschland bleibt bereit, mehr Verantwortung auf Ebene der Vereinten Nationen zu übernehmen, auch mit der Übernahme eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat. Wir streben für die Zukunft einen ständigen Sitz der Europäischen Union an.

Zur Erfüllung ihrer friedenswahrenden Aufgaben benötigen die Vereinten Nationen eine angemessene Ausstattung für ihre Friedensmissionen (Peacekeeping) und der politischen Missionen der Weltorganisation, damit effektive multilaterale Friedenspolitik betrieben werden kann.“⁴

2 Deutschlands Zukunft gestalten, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode, S. 168, online unter: <http://www.tagesschau.de/inland/koalitionsvertrag136.pdf>

3 Deutschlands Zukunft gestalten, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode, S. 170, online unter: <http://www.tagesschau.de/inland/koalitionsvertrag136.pdf>

4 Deutschlands Zukunft gestalten, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode, S. 171, online unter: <http://www.tagesschau.de/inland/koalitionsvertrag136.pdf>

Es geht der Bundesregierung also um internationale Zusammenarbeit und es geht um die Erneuerung der Strukturen der Vereinten Nationen. Durch einen ständigen Sitz der Europäischen Union im Sicherheitsrat könnte gar mehr Einfluss für die europäischen Werte der Humanität international geltend gemacht werden. Um gegen unilaterales Handeln Position zu ergreifen, setzt man sich für eine stärkere militärische Ausstattung der UN als internationale Organisation ein. Das Umzusetzen wäre ein enormer Fortschritt. Das sollte meines Erachtens auch die Anerkennung und Unterstützung durch die Linkspartei finden. Ebenfalls auf diesem Europaparteitag sagte Gregor Gysi in seiner Rede einige wichtige Worte in diesem Zusammenhang:

„Ich möchte, dass die Hasenfüßigkeit gegenüber den USA endlich aufhört und wir mal klar sagen, was geht und was nicht geht! Wir stehen also für mehr Freiheit, und ich möchte, dass wir wieder stärker für mehr internationale Solidarität eintreten. Und ich sage euch: Für diese europäische Idee können und müssen wir gemeinsam streiten und kämpfen. Dann erleben wir auch erfolgreiche Europawahlen!“⁵

Das findet meine volle Unterstützung. Europa muss mutig agieren und die Unterschiede in der Außenpolitik zu den USA deutlich machen. Wir Europäer sind es doch, die eine andere Auffassung hatten in Bezug auf den Irak-Krieg. Wir Europäer sind es doch, die letztlich nicht eine Politik offensiv verfolgen wollten, die auf imperiale Kriege wie in Jugoslawien, Afghanistan und Irak hinausläuft. Und wir sind es doch viel eher als die USA und Russland, die das Ziel verfolgen bei Bürgerkriegen und bei Völkermord den betroffenen und unterdrückten Menschen zur Hilfe zu eilen. Das ist humanitär, das ist auch ein Teil der Umsetzung der kommunistischen Weltrevolution auf der Grundlage der Theorie von Karl Marx und Friedrich Engels. Dies werde ich später auch noch logisch begründen. Das Problem ist nur: dieser humanitären Politik, die internationale Friedensmissionen der UN unterstützt, muss die Linkspartei auch vollständig ihre Zustimmung geben! Nur so können wir linke, sozialistische, grüne oder sozialdemokratische VertreterInnen als EU-Kommissare berufen, damit eine andere Sozialpolitik in Europa möglich wird. Nur so kann eine Mehrheit links von Berlusconi und dem Rest der Mafia in der EVP-Fraktion und der ALDE-Fraktion sowie ihren rechtsextremistischen Ablegern und Sektierern hergestellt werden.

Das was ich und auch Gregor Gysi hier benannt haben ist doch auch die Politik, die die Sozialdemokraten, wenn auch etwas kleinlauter, vertreten. Ich nehme hier ein Zitat des von mir sehr geschätzten Martin Schulz:

„In der globalisierten Welt rücken auch scheinbar weit entfernte Konflikte immer näher. Alles ist mit allem verbunden. Kein Staat kann alleine Probleme lösen. Die ökonomischen, ökologischen, sozialen, kulturellen, religiösen Probleme sind nur lösbar durch das interdisziplinäre Verknüpfen unterschiedlicher Interessen von Staaten, Staatengruppen sowie Religionen und Volksgruppen. (...) Der unilaterale Ansatz der US-amerikanischen Neokonservativen, der „Neocons“ - der sich auf die Formel bringen lässt: Wir definieren das Ziel, wer sich unterordnet ist Freund, wer nicht Feind – ist gerade grandios gescheitert, wie der Blick auf den Irak oder dem Nahen Osten zeigt. Nur durch die Stärkung der Internationalen Organisationen, vor allem der Vereinten Nationen, ist das Gegenkonzept des Multilateralismus, das alle beteiligten Kräfte einbindet und einen Interessenausgleich sucht, durchsetzbar.“⁶

Hier wird doch mehr als deutlich, dass es der SPD nicht um ein unilaterales Handeln geht, sondern

5 Gysi, Gregor: Wir wollen Europa gestalten, und zwar gemeinsam, Rede von Gregor Gysi, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, auf dem Hamburger Parteitag, in: die-linke.de vom 15. Februar 2014, online unter: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/europaparteitag-2014/reden/gregor-gysi/>

6 Schulz, Martin: Außen- und Europapolitik der SPD, in: Beck, Kurt (Hrsg)/Heil, Hubertus (Hrsg.): Sozialdemokratische Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, Nomos Verlag, Baden-Baden 2007, S. 33

dass man die Theorie, humanitäre Hilfe zu leisten und auf internationale Krisen zu reagieren auch gegen die Supermächte offensiv vertreten will. Das ist doch mutig und zukunftsweisend. Das steht Europa gut zu Gesicht.

Auch der ehemalige SPD-Bundesvorsitzende Kurt Beck will die Globalisierung gestalten und dabei auf internationale Zusammenarbeit setzen:

„Nur durch eine gemeinsame Weltinnenpolitik mit starken Vereinten Nationen und einer gerechten Weltwirtschaftsordnung kann die Globalisierung im Sinne der Menschen gestaltet werden. Denn Sicherheit für alle setzt Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit, Demokratie und die Chance zu sozialer, wirtschaftlicher, kultureller und nachhaltiger Entwicklung voraus. Diese können allein in einer multilateralen Weltordnung gedeihen, in der durch globale und regionale Kooperationen gemeinsame Interessen gebündelt werden und Verständigung zwischen den Kulturen hergestellt wird.“⁷

Das ist doch ein deutlich anderer Ansatz, als ihn die USA und bedauerlicherweise auch Russland und China derzeit vertreten. Den US-Regierungen egal welcher Couleur fallen durch ihr aggressives und unüberlegtes unilaterales Handeln auf und verbauen uns damit Chancen, die Weltpolitik friedlich zu gestalten. Russland und China üben sich in Isolationismus und sind bisher ebenfalls nicht bereit, auf humanitäre Katastrophen in der Welt angemessen zu reagieren. Insofern ist es doch richtig, dass die Bundesregierung und auch die VertreterInnen der Europäischen Union hier einen anderen Ansatz für die Weltpolitik vertreten.

Diese neue humanitäre Leitlinie für die Vereinten Nationen zu etablieren, geht eben nur, wenn auch die Linkspartei sich daran beteiligt. Nur so ist Europa einig und stark gegen die falsche Außenpolitik der Supermächte. Die Linkspartei muss sich dem anschließen, das ist eine Bringschuld. Anders kann die Linkspartei auch keinen Einfluss in ihrem Interesse ausüben, weil sie letztlich derzeit nicht die europäischen Wertevorstellung anerkennt.

Auch wird im Koalitionsvertrag von einer umfassenden Strategie gesprochen, um durch sozialpolitische Maßnahmen internationalen Konflikten vorzubeugen:

„Die Koalition bekennt sich zur Stärkung einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit im Verständnis einer effektiven Außen- und Sicherheitspolitik, für deren Erfolg sich zivile und militärische Instrumente ergänzen müssen. In der Außen- und Sicherheitspolitik denken und handeln wir vernetzt. Im Konzept von Krisenfrüherkennung, Krisenprävention, Ursachenbekämpfung und Konfliktbewältigung ist die Entwicklungszusammenarbeit integraler Bestandteil. Eine besondere Bedeutung kommt der zivilen Krisenprävention zu, deren Strukturen wir stärken und weiterentwickeln werden.“

Wir werden die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung in den kommenden vier Jahren ausweiten. Die bestehenden deutschen Institutionen der Friedensförderung und Friedensforschung wie das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), der Zivile Friedensdienst, die Bundesakademie für Sicherheitspolitik und die Deutsche Stiftung Friedensforschung haben sich bewährt und sollen stärker in die Politikberatung einbezogen werden.“⁸

7 Beck, Kurt: Sozialdemokratische Außenpolitik im 21. Jahrhundert – Eine Einführung, in: Beck, Kurt (Hrsg)/Heil, Hubertus (Hrsg.): Sozialdemokratische Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, Nomos Verlag, Baden-Baden 2007, S. 16

8 Deutschlands Zukunft gestalten, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode, S. 175, online unter: <http://www.tagesschau.de/inland/koalitionsvertrag136.pdf>

Dieser Ansatz trägt doch eine deutlich sozialdemokratische Handschrift. Da die CDU/CSU ja die Bundeskanzlerin stellt, wird diese Politik auch von den Konservativen in Deutschland vertreten. Insofern ist das ein enormer Fortschritt. Auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Problemanalyse soll zielgenau militärisch und zivil geholfen werden, um den unterdrückten Menschen in der Welt zu helfen, damit sie überall in der Welt frei und selbstbestimmt ihr Leben leben können. Diese Vorgehensweise, nämlich auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Analyse und Einzelfallprüfung eine rationale politische Entscheidung zugunsten der Menschenrechte zu fällen, will ich auch in der Linkspartei etablieren. Dies ist mein politisches Ziel. Dazu müsste die Linkspartei Kooperationsbereitschaft signalisieren mit Organisationen, die nicht lediglich normative Willensbekundungen vortragen, sondern gezielte empirisch-analytische Forschung im Bereich internationaler Politik betreiben. Für eine gewachsene Partei mit gewachsener Verantwortung in der Bundes- und Europapolitik ist das unerlässlich.

Die Linkspartei müsste sich generell dem Gedanken öffnen, im Rahmen des Machbaren auch die Anwendung von militärischen Maßnahmen zu vertreten, wenn dadurch Menschenleben in Krisen- und Kriegssituationen in der Internationalen Politik gerettet werden können. Zu dieser humanitären Friedenspolitik gibt es keine Alternative für eine Regierungspartei. Diese Position steht auch für keine andere Fraktion im Deutschen Bundestag zur Debatte.

Auch der Koalitionsvertrag ist da mehr als eindeutig:

„Menschenrechte sind unteilbar und universell gültig. Wir setzen uns für ihren Schutz und ihre Förderung ein, sowohl innerstaatlich als auch in den auswärtigen Beziehungen. Verstöße gegen die Menschenrechte verletzen nicht nur die Würde der jeweils Betroffenen, sondern sie können auch den Frieden und die internationale Sicherheit bedrohen. Unser Ziel ist eine menschenrechtlich konsequente und kohärente Politik. Die Basis bilden das Grundgesetz, die europäischen und internationalen Menschenrechtskonventionen sowie das humanitäre Völkerrecht. Wir unterstützen die neue Strategie der EU-Menschenrechtspolitik.

Wir engagieren uns weiterhin konsequent für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe sowie für das Verbot von Folter. Gemeinsam mit den Ländern unterstützen wir die Arbeit der Nationalen Anti-Folter-Stelle.“⁹

Das Ziel ist also eine europäische Zusammenarbeit, um Menschenrechte international durchzusetzen und zwar gegen alle diejenigen Diktatoren, autoritäre Regime, gegen unterdrückerische Mörderbanden und terroristische Vereinigungen, die die Menschenwürde und die Menschenrechte mit Füßen treten und für die ein Menschenleben keinen Wert hat, außer wenn der Mensch für die Durchsetzung einer gewalttätigen Ideologie gebraucht wird. Dieses Ansinnen entspringt der humanistischen Tradition der Deutschen Politik nach 1945 in beiden Teilen Deutschlands und entspricht eben genau den politischen, gesellschaftlichen und sozialen Werten der Europäischen Union. Diese Politik ist humanitär, weil sie das Leben jedes Menschen in den Fokus des eigenen politischen Handelns rückt. Diese Politik ist auch marxistisch, weil eben nicht in erster Linie ein normatives Ziel in der außenpolitischen Leitlinie vertreten wird, sondern die Umsetzung einer Weltgesellschaft das Ziel ist, *„worin die freie Entwicklung eines jeden die freie Entwicklung aller ist.“¹⁰* Dazu wird für die wissenschaftliche Problemanalyse doch die Methode des Dialektischen Materialismus angewendet. Es ist doch verwunderlich und auch schäbig, dass gerade

9 Deutschlands Zukunft gestalten, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode, S. 179, online unter: <http://www.tagesschau.de/inland/koalitionsvertrag136.pdf>

10 Marx, Karl/ Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 4, 6. Auflage 1972, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1959, Berlin/DDR., S. 482, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm

die Linkspartei sich diesem Ziel entgegenstellt. Der Kommunismus ist doch bei Karl Marx das Ziel einer Weltgesellschaft, in der alle Menschen frei und gleich sind.

„Der Kommunismus als positive Aufhebung des Privateigentums als menschlicher Selbstentfremdung und darum als wirkliche Aneignung des menschlichen Wesens durch und für den Menschen; darum als vollständige, bewußt und innerhalb des ganzen Reichtums der bisherigen Entwicklung gewordne Rückkehr des Menschen für sich als eines gesellschaftlichen, d.h. menschlichen Menschen. Dieser Kommunismus ist als vollendeter Naturalismus Humanismus, als vollendeter Humanismus Naturalismus, er ist die wahrhafte Auflösung des Widerstreites zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen, die wahre Auflösung des Streits zwischen Existenz und Wesen, zwischen Vergegenständlichung und Selbstbestätigung, zwischen Freiheit und Notwendigkeit, zwischen Individuum und Gattung. Er ist das aufgelöste Rätsel der Geschichte und weiß sich als diese Lösung.“¹¹

In autoritären Regimen, unterdrückt durch ökonomische Krisen und durch den globalen Kapitalismus, unterdrückt durch extralegale Milizen und Terrororganisation kann doch der Mensch nicht frei sein, kein menschliches Wesen sein. Ihm werden doch die Werte des Humanismus verwehrt, die ihm garantieren, sein Leben selbstbestimmt zu gestalten. Ihm werden die ökonomischen und sozialen Voraussetzung dafür verwehrt. Diese Lebensbedingungen der ärmsten Menschen auf der Welt zu verändern sollte doch das Ziel linker Politik sein. Wer sich diesem Ziel anschließt vertritt geradezu die Ideale und Ziele, die Karl Marx und Friedrich Engels uns gelehrt haben:

„Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben [wird]. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung. Übrigens setzt die Masse von bloßen Arbeitern - massenhafte, von Kapital oder von irgendeiner bornierten Befriedigung abgeschnittne Arbeiterkraft - und darum auch der nicht mehr temporäre Verlust dieser Arbeit selbst als einer gesicherten Lebensquelle durch die Konkurrenz den Weltmarkt voraus. Das Proletariat kann also nur weltgeschichtlich existieren, wie der Kommunismus, seine Aktion, nur als "weltgeschichtliche" Existenz überhaupt vorhanden sein kann; weltgeschichtliche Existenz der Individuen; d.h. Existenz der Individuen, die unmittelbar mit der Weltgeschichte verknüpft ist.“¹²

Die Möglichkeiten dazu, eine Weltgesellschaft der freien und gleichen Menschen den Weg zu ebneten waren doch nie besser als heutzutage. Der Weltmarkt existiert, er setzt nicht nur das europäische Proletariat frei, sondern auch und gerade diejenigen Menschen, die in Ländern leben, in denen eine enorm schlechte Wirtschaftslage vorherrschend ist. Sie sind das vogelfreie Proletariat in der Weltgesellschaft. Diese Individuen sind doch mit der Weltgesellschaft verknüpft. Ihre Existenz nimmt die Linkspartei zu wenig wahr, sie nimmt sie falsch wahr. Sie profitiert von ihrem normativem Idealismus, die Klassengegensätze auf der Welt zu benennen, bietet aber keine Lösung an, um diese aufzulösen. Da liegt das Problem, das einer falschen materialistischen Anschauung entspringt, die der Philosophie von Ludwig Feuerbach entspringt, aber nicht der Philosophie von Karl Marx. Ich werde dies später belegen. Warum will die Linkspartei denn nicht ein Teil dieser wirklichen Bewegung sein? Das liegt daran, dass in der Mitgliedschaft der Linkspartei immer noch

11 Marx, Karl: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, in: K. Marx u. F. Engels, Werke, Ergänzungsband, 1. Teil, S.465-588, Dietz Verlag, Berlin (DDR), 1968, S. 536, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me40/me40_533.htm

12 Marx, Karl/Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten, in: Karl Marx - Friedrich Engels - Werke, Band 3, S. 35f., online unter: http://mlwerke.de/me/me03/me03_017.htm

Alt- und NeostalinistInnen ihre national-bolschewistische Ideologie vertreten, die für ihre menschenverachtende Philosophie auch noch Lehrstühle innehaben und jahrzehntelang auch in Westdeutschland Studenten mit marxistisch-leninistischer Ideologie indoktriniert und als Kader in Komsomole eingereicht haben. Dieses falsche Spiel wird schamlos weiter getrieben. Das ist das Problem! Doch dieses Problem artikuliert außer mir in der Linkspartei niemand.

Stattdessen wird weiter auf Frau von der Leyen herum gehackt, als ob sie es nun wäre, die die wirklichen Entscheidungen fällen würde. PolitikerInnen sind doch nur Stockpuppen des Establishments. Ursula von der Leyen ist doch nicht diejenige, die hier alleine regiert, sondern die Mehrheit des Proletariats in der (leider immer noch bürgerlichen) Demokratie regiert.

„Nun haben wir mit Ursula von der Leyen zum ersten Mal in diesem Land eine Verteidigungsministerin. Als ihre Ernennung bekannt wurde, gab es eine Welle der Kritik, an der wir uns aus gutem Grund nicht beteiligt haben. Man muss nicht gedient haben, um in diesem Bereich gute Arbeit zu leisten. Frau auch nicht. Und ich gebe zu: Die Vorstellung, dass den an militärische Männlichkeit gewöhnten Generälen jetzt eine Frau als oberste Befehlshaberin gegenüber steht hat bei mir auch ein Schmunzeln zur Folge gehabt. Für uns gibt es einen anderen Maßstab, nachdem wir eine Verteidigungsministerin genauso wie einen Verteidigungsminister messen und der lautet: Schickt sie Soldatinnen und Soldaten in neue Kriege oder holt sie die Männer und Frauen zurück zu ihren Familien. Das verstehen wir als LINKE unter Familienfreundlichkeit!“¹³

Diese Passage halte ich für eine rassistische und sexistische Polemik und will dazu Stellung beziehen. Zum Ersten halte ich es durchaus nicht für nachteilig, wenn ein/e VerteidigungsministerIn für unsere Armee gedient hat, denn wer ein/e SoldatIn war, kann möglicherweise besser die Kenntnisse über die politischen und sozialen Einstellungen der SoldatInnen oder die Kenntnisse über militärische Strukturen mit in seine Politik einfließen lassen. Ich erkenne hier bei Frau Kipping unterschwellig die polemische Annahme, dass es zwingend Soldaten wären, die militaristische Gedanken in der Außenpolitik hegen würden. Dies entspricht ausdrücklich nicht meiner Auffassung. Was den Seitenhieb an die „militärische Männlichkeit“ angeht, würde ich einfach sagen, dass man den männlichen Generälen hier keinen Vorwurf daraus machen kann, denn es waren die PolitikerInnen der Parteien, die bis vor wenigen Jahren noch wollten, dass es eine rein männliche Armee gibt. Dieser Vorwurf an die männlichen Soldaten ist schäbig. Es ist auch nicht in erster Linie die Verteidigungsministerin, die hier den SoldatInnen die Befehle erteilt, sondern die Mehrheit des Deutschen Bundestages. Und hier stimmen selbstverständlich auch Frauen über die Militäreinsätze mit ab. Das Problem der Linkspartei ist, dass sie immer noch in der Frage der Gleichstellung der Geschlechter eine verfassungswidrige Satzung hat, die Frauen übermäßig bevorteilt und das ist eben genau der Rassismus gegen Männer, der sich hier in den Aussagen von Frau Kipping widerspiegelt. Ich halte dies darüber hinaus auch für homophob. Es ist ein schäbiger Populismus gegen Männer. Ich will dies kurz begründen. Ich erinnere an ein Zitat von Karl Marx und Friedrich Engels, bei der sie sich über die Züchtigung von Soldaten in der britischen Armee äußerten:

„Eine Institution der britischen Armee reicht hin zur Charakteristik der Klasse, woraus der britische Soldat rekrutiert wird. Wir meinen die Strafe des Auspeitschens. Körperliche Züchtigung existiert nicht mehr in der französischen, preußischen und mehreren kleineren Armeen. Selbst in Österreich, wo der größere Teil der Rekruten aus Halbbarbaren besteht, strebt man offenbar nach

13 Kipping, Katja: Wer Europa will, der muss es den Reichen nehmen, Rede von Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, zur Eröffnung des Hamburger Parteitages, in: die-linke.de vom 15. Februar 2014, online unter: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/europaparteitag-2014/reden/katja-kipping/>

*ihrer Beseitigung; so wurde neulich die Strafe des Spießrutenlaufens aus dem österreichischen Militärgesetz ausgemerzt. In England dagegen ist die "cat-o'-nine-tails" (die neunschwänzige Katze) in voller Wirksamkeit erhalten - ein Torturinstrument ganz ebenbürtig der russischen Knute. Sooft eine Reform der Kriegsgesetzgebung im Parlament angeregt wurde, ereiferten sich alle alten Federhüte für die "cat", und keiner leidenschaftlicher als der alte Wellington. Für sie war ein ungepeitschter Soldat ein unbegreifliches Wesen. Tapferkeit, Disziplin und Unbesiegbarkeit waren in ihren Augen die ausschließlichen Attribute von Männern, die die Narben von mindestens 50 Hieben auf ihren Hinterteilen tragen wie die alten Gefolgsmänner das Wappen.*¹⁴

Das ist zwar historisch, aber dennoch gibt es ja immer noch militärischen Drill, den männliche Grundwehrdienstleistende bis vor kurzem noch erdulden mussten, junge Frauen aber nicht. Ich will aber dieses Zitat von Marx und Engels ausweiten um auf einen weiteren Aspekt aufmerksam zu machen:

*„Bei dieser Gelegenheit ward die beliebte Manier angewandt, die "cat-o'-nine-tails" in Urin zu trinken. Die Anwendung des Urins auf das rohe und blutende Fleisch ist ein unfehlbares Rezept, den Patienten zum Wahnsinn zu foltern. Die neunschwänzige Katze ist nicht nur ein Peinigungsinstrument, sie läßt unvergängliche Narben zurück, sie brandmarkt einen Mann für Lebenszeit. Selbst in der englischen Armee ist eine solche Brandmarkung eine stets lastende Schmach. Der ausgepeitschte Soldat fällt unter das Niveau seiner Kameraden. Aber gemäß dem britischen Militärkodex besteht die Strafe vor dem Feinde fast ausschließlich in der Auspeitschung, und so ist die Strafe, die von ihren Verteidigern als das einzige Mittel zum Aufrechterhalten der Disziplin im entscheidenden Augenblick gerühmt wird, das sicherste Mittel zur Zerstörung der Disziplin, indem es die moralische Haltung und den Point d'honneur des Soldaten bricht.*¹⁵

Das sind martialische Ausbildungsmethoden, die in den Armeen der Länder der Europäischen Union nicht mehr vorherrschen. Aber in anderen Weltregionen ist diese Vorgehensweise und auch noch schlimmere Traumatisierungen von SoldatInnen immer noch weit verbreitet. Ich will die Aufmerksamkeit lenken auf die Kindersoldaten in Uganda, Myanmar, Liberia und Sierra Leone. In diesen Ländern, wie in allen patriarchalen Gesellschaften ist Soldat sein für Männer ein Zwang.

Wir wissen doch, dass auf dieser Welt immer noch Kindersoldaten rekrutiert werden.

*„Tausende Kinder kämpfen weltweit in Kriegen und bewaffneten Auseinandersetzungen. Es sind Mädchen wie Jungen in Lateinamerika, Afrika und Asien, aber auch in Europa. Die meisten Kindersoldaten gibt es jedoch in Afrika. Nach UN-Schätzungen sind hier über 100.000 betroffen, vor allem in Uganda, Liberia, der Demokratischen Republik Kongo und Sudan.*¹⁶

Insofern ist dieser zweifelhafte Angriff der Linkspartei auf die eigene Armee doch mehr als mies. Auch die in der politischen Linken vielzitierte Parole „Soldaten sind Mörder!“ bekommt doch hier einen ganz anderen Beigeschmack. Sind denn rekrutierte Kindersoldaten wirklich auch als Mörder anzusehen? Selbst wenn sie jemanden getötet haben, würde ich mich dieser Einschätzung nicht anschließen.

14 Marx, Karl/Engels, Friedrich: Züchtigung der Soldaten, "Neue Oder-Zeitung" Nr. 405 vom 31. August 1855, in: Karl Marx - Friedrich Engels - Werke, Band 11, Dietz Verlag, Berlin/DDR 1961, S. 509, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me11/me11_509.htm

15 Marx, Karl/Engels, Friedrich: Züchtigung der Soldaten, "Neue Oder-Zeitung" Nr. 405 vom 31. August 1855, in: Karl Marx - Friedrich Engels - Werke, Band 11, Dietz Verlag, Berlin/DDR 1961, S. 509f., online unter: http://www.mlwerke.de/me/me11/me11_509.htm

16 Gegen den Einsatz von Kindersoldaten, in: kindernothilfe.de, online unter: <http://www.kindernothilfe.de/Rubriken/Themen/Kindersoldaten.html>

Ich will kurz darstellen, unter Zuhilfenahme welcher Maßnahmen Kindersoldaten rekrutiert werden.

„Simon Musoni ist zwölf Jahre alt und ehemaliger Kindersoldat. Vor vier Jahren haben ihn die Mai-Mai Milizen rekrutiert, da war er gerade mal acht. (...) Zuerst war Simon für die täglichen Arbeiten im Militärlager zuständig: Wasser und Holz sammeln, Botengänge machen, Gegner und Dörfer ausspionieren. Später, als er groß genug war, ein Gewehr zu tragen, nahm er an den Kämpfen teil. Er lernte Schießen und Töten - und war überzeugt, unverwundbar zu sein: alle Mai-Mai tragen Amulette, die, so glauben sie, Gewehrkugeln in Wassertropfen verwandeln.

Kindersoldaten sind bei den bewaffneten Gruppen beliebt. Sie sind leicht manipulierbar und lassen sich für den Befreiungskampf begeistern. Sie kämpfen widerspruchslos in vorderster Linie und werden als erste geopfert. Ihre Schulung ist hart: sie werden in Erdlöcher gesperrt und geprügelt, wenn sie auf Wache einschlafen. Man zwingt sie, Mitglieder der eigenen Familie zu töten, das Blut erschlagener Feinde zu trinken und Körperteile zu essen, um sie gefügig zu machen. Sie werden unter Alkohol und Drogen gesetzt. Sie verlieren Hemmungen und Skrupel und lernen, dass nur wer stark ist gewinnt und dass ein Gewehr in der Hand Macht und Sicherheit verleiht.“¹⁷

Das sind doch auch Schicksale, die man mal näher beleuchten sollte, bevor man sich so chauvinistisch gegen die „militärische Männlichkeit“ echauffiert. Man erinnert sich an den Kindersoldaten Omar Khadr,¹⁸ der zuerst unter menschenrechtswidrigen Verhältnissen als Kindersoldat rekrutiert wurde und danach auch noch von den USA als Strafe für 40 Jahre verurteilt wurde.¹⁹ Derartige Urteile verstoßen für mich gegen die UN-Menschenrechtscharta und gegen die Genfer Konventionen. Auch hier vertritt die EU eine andere Politik als die USA. An diesem Punkt könnte die Linkspartei viel eher mal kritisch werden.

Aber Katja Kipping leistet sich hier diesen dekadenten Chauvinismus gegen Männer um von feministischen Ideologinnen unter den Delegierten zu profitieren. Das ist erbärmlich und menschenverachtend. Das geht gegen die Menschenwürde und gegen die Gleichheit von Mann und Frau. In den Allgemeinen Statuten für die Internationale Arbeiterassoziation schrieb Karl Marx doch:

„daß der Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse kein Kampf für Klassenvorrechte und Monopole ist, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Vernichtung aller Klassenherrschaft“²⁰

Das heißt, dass auch in der Verteidigung und beim Militär gleiche Pflichten für Frauen und Männer gelten sollten. Hier wird aus einer negativen Pflicht für den Mann, die an sich schon ein Sexismus ist noch ein Nachteil für den Mann. Während der Mann in demokratischen Ländern mit Wehrpflicht die Pflicht hat ein Soldat zu sein, kann die Frau über den Einsatz abstimmen, der Mann zwar auch, aber er muss in den Krieg ziehen. Während die Frau sich den Chauvinismus leisten kann dann auch noch den Mann als Mörder zu bezeichnen, der ihre Sicherheit verteidigt hat. Das ist Rassismus und im Falle Katja Kippings auch Sozialdarwinismus. Dieser ist eine:

17 Germann, Dorsi: Simon Musoni ist zwölf Jahre alt und ehemaliger Kindersoldat, in: caritas-international.de, online unter: <http://www.caritas-international.de/hilfeweltweit/afrika/kongo/kindersoldaten-bildung>

18 Siehe hierzu: http://de.wikipedia.org/wiki/Omar_Khadr

19 Guantanamo – 40 Jahre Haft für "Kindersoldat", in: sueddeutsche.de vom 30. September 2012, online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/guantanamo-jahre-haft-fuer-kindersoldat-1.1018171>

20 Marx, Karl: Allgemeine Statuten und Verwaltungs-Verordnungen der Internationalen Arbeiterassoziation, in: Karl Marx/Friedrich Engels – Werke, (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 17, 5. Auflage 1973, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962, Berlin/DDR. S. 440, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me17/me17_440.htm

„Bezeichnung für eine soziologische Erklärung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung, nach der sich im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wettbewerb nur derjenige durchsetzen kann, der mit den sich ändernden Umweltbedingungen durch seine biologischen Anlagen oder Ausstattung am besten fertig wird, während die Nicht-Anpassungsfähigen eliminiert werden (Selektion). Indem die Überlebenden als biologisch Tauglichste (Survival of the Fittest) bezeichnet werden, erfolgt eine Rechtfertigung der bestehenden gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse.“²¹

Hier wird die Frau als biologisch tauglich angesehen, die überlebt, während dem Mann auch noch die herrschenden sexistischen Verhältnisse zum Vorwurf gemacht werden.

Außerdem wurde hier durch Katja Kipping bereits wie selbstverständlich die Mär verbreitet, dass jeder Auslandseinsatz der Deutschen Bundeswehr ein Kriegseinsatz wäre. Dieser Auffassung schließe ich mich ausdrücklich nicht an und mahne auch alle Parteimitglieder der Linkspartei an, sich dem nicht anzuschließen, weil diese Auffassung unwahr ist und zumindest gegen die Menschenwürde nach Artikel 1 unseres Grundgesetzes gerichtet ist. Ich denke vielmehr, dass es für unser reiches Land eine Verpflichtung gibt, Menschen in Krisen- und Kriegssituationen zu helfen und dazu auch, wenn es sich nicht vermeiden lässt, militärische Mittel einzusetzen um die Menschenrechte und die Menschenwürde global als oberstes Prinzip durchzusetzen. Es tut mir auch persönlich wirklich weh, dass ich Katja Kipping da nicht politisch an meiner Seite weiß, denn sie fährt fort mit ihrer Polemik gegen die Verteidigungsministerin.

„Leider versteht Ursula von der Leyen darunter offensichtlich etwas anderes. Schon kurz nach ihrer Ernennung rief sie nach mehr militärischem Engagement. Außenminister Steinmeier (SPD) stieß ins gleiche Horn, als er verkündete: Deutschland sei "zu groß, um die Weltpolitik nur zu kommentieren". Bundespräsident Gauck setzte noch eins drauf und forderte auf der Münchner Konferenz, Deutschland solle sich "früher, entschiedener und substantieller einbringen". Diese Begriffe sind jeweils sorgfältig gewählt – wisst ihr - da ist nie vom Krieg die Rede. Sie reden von Engagement, von Verantwortung, am Ende aber läuft es auf Kriegseinsätze hinaus. Diese rhetorischen Offensiven von Gauck bis Steinmeier, sie kommen so abwägend daher, und sind doch so klar im Kalkül: Hier soll der Boden bereitet werden für eine Militarisierung der deutschen Außenpolitik. Und liebe Genossen, es ist eine unsere Aufgabe, klar dagegen zu halten.“²²

Das ist keine Militarisierung der Deutschen und Europäischen Politik, sondern die Bundeswehr kämpft gegen Militaristen und Ausbeuter in der Welt. Diese Politik läuft nicht auf Kriegseinsätze hinaus. Das ist eine üble Unterstellung, die sich nicht logisch belegen lässt. Wie ein weiblicher Macho agiert Kipping hier mit pseudo-pazifistischer Propaganda, die falsch, falsch, falsch und unverantwortlich ist. Diese Aussagen von Herrn Gauck, Herrn Steinmeiner, Frau von der Leyen und anderen werden doch nicht ohne Grund vorgetragen, sondern sind das Ergebnis der Problemanalyse in der Internationalen Politik. Überall wo die Deutsche Bundeswehr agiert, tut sie das auf der Grundlage des Internationalen Rechts. Überall wo deutsche SoldatInnen im Einsatz sind, handeln sie auf der Grundlage der EU-Menschenrechtskonvention und der UN-Menschenrechtscharta und leisten auch zivile Hilfe. Frau Kipping echauffiert sich nun über die Politik der Großmächte:

„Die Großmächte in dieser Welt kämpfen nicht in erster Linie für den Frieden, sie kämpfen natürlich egoistisch für ihre geostrategischen Interessen. Wir hingegen nennen die Dinge klar beim

21 Springer Gabler Verlag (Herausgeber), Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Sozialdarwinismus, online unter: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/13098/sozialdarwinismus-v8.html>

22 Kipping, Katja: Wer Europa will, der muss es den Reichen nehmen, Rede von Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, zur Eröffnung des Hamburger Parteitages, in: die-linke.de vom 15. Februar 2014, online unter: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/europaparteitag-2014/reden/katja-kipping/>

*Namen: Tote sind Tote und keine Gefallenen. Das Militär ist nicht die Heilsarmee und auch wenn nun Wickeltische und Spieglecken in der Truppe einziehen sollen - ein Kriegseinsatz ist nun mal ein Kriegseinsatz und eben kein Familienausflug!*²³

Das ist doch kindisch und naiv. Jeder Staat vertritt sein Eigeninteresse im Internationalen System. Als ob sich gerade die Großmächte von diesem Moralismus davon abhalten lassen würden, ihren Einfluss geltend zu machen. Diese Argumentation ist gefährlich für unseren Staat und die Europäische Union. Das ist eine dumme Gutmenschen-Ethik, genauso dumm wie die Zusammenarbeit der SPD mit den US-Demokraten in der Progressiven Allianz. Hier haben sich ebenfalls und bestenfalls Gesinnungsethiker durchgesetzt, die glauben auf diese Weise die US-amerikanischen PolitikerInnen zu Humanisten zu machen, die sie selbst nicht mal sind. Das ist genauso gefährlich für unsere Souveränität in Deutschland und Europa. Unsere deutschen und europäischen SoldatInnen sorgen dafür, dass Hilfslieferungen durch die zivilen Organisationen und die UN in Krisengebiete geleistet werden können. Hier besteht ein deutlicher Unterschied zwischen dem militärischen Vorgehen und den militärischen Strukturen im Vergleich mit den USA und Russland. Das ist unsere Stärke und das ist das Merkmal, das unser Europa zu einer humanitären Friedensmacht macht. Das muss die Linkspartei anerkennen. Diesen zivilisatorischen Fortschritt im Vergleich zu den Großmächten sollte man nicht zerreden. Das hilft nur den Reaktionären. Auch der Bundespräsident wird hier kritisiert:

*„Angesichts von Gaucks Rede habe ich mir noch mal den Dokumentarfilm "Es begann mit einer Lüge" zum Jugoslawienkrieg angesehen. Darin wird aufgearbeitet, wie mit manipulierten Darstellungen die Stimmung angeheizt wurde. Und Jugoslawien ist nur ein Beispiel für öffentliche Stimmungsmache, die am Ende darauf hinaus läuft, dass ein Kriegseinsatz unverzichtbar erscheint. Schon allein weil wir um die Mechanismen wissen, sind wir überzeugt: Es braucht wenigstens eine Fraktion, die sich gegen solche Stimmungsmache immunisiert und stattdessen immer wieder hinterfragt, was die wirklichen Ursachen sind und wie Konflikte anders als mit Waffen zu lösen sind – und das verlässlich.“*²⁴

Wie ist es denn wirklich mit dem Einsatz in Jugoslawien? Welche Möglichkeiten hatte die rot-grüne Bundesregierung denn gegen die Interessen der USA, um eine humanitäre Vorgehensweise in den Diskurs zu bringen? Man war doch noch in einer anderen geostrategischen Lage, als dies heute der Fall ist. Ich habe bereits in einer anderen Publikation dargelegt, wie die Umstände waren, als Gerhard Schröder und Joschka Fischer dem Bundeswehreininsatz in Jugoslawien zustimmen und damit gegen ihre eigenen ethischen Prinzipien und die Prinzipien der Menschenwürde agieren mussten.²⁵ Das jetzt noch weiter den konkurrierenden Parteien im linken Lager vorzuwerfen ist doch schäbig, zumal doch damals der PDS eine andere politische Haltung zugestanden wurde. Daniel Cohn-Bendit hatte doch deutlich gemacht, dass man hier gerne einen anderen Weg gegangen wäre. Der US-Imperialismus hat dies nicht zugelassen. Innerhalb dieser schwierigen politischen Situation hatten Gerhard Schröder und Joschka Fischer doch mutig gehandelt und die europäische Einigung vorangebracht. Diese Fortschritte müsste die Linkspartei auch mal anerkennen. Durch die vertiefte Integration der EU sind doch neue und andere Möglichkeiten entstanden. Wer sich hier

23 Kipping, Katja: Wer Europa will, der muss es den Reichen nehmen, Rede von Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, zur Eröffnung des Hamburger Parteitages, in: die-linke.de vom 15. Februar 2014, online unter: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/europaparteitag-2014/reden/katja-kipping/>

24 Kipping, Katja: Wer Europa will, der muss es den Reichen nehmen, Rede von Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, zur Eröffnung des Hamburger Parteitages, in: die-linke.de vom 15. Februar 2014, online unter: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/europaparteitag-2014/reden/katja-kipping/>

25 Siehe hierzu: Frank, Michael: Rot-Grüne Kriegspolitik? Eine Absage an die „linke“ Heuchelei und an radikal-pazifistische Dogmatik, in: michael-frank.eu vom 06. Dezember 2013, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Fachartikel/2013-12-06-Rot-gruene-Kriegspolitik.pdf>

„immunisieren“ will vertritt doch die Theorie: „Wasch mir den Pelz aber mach mich nicht nass.“ Das ist einfach zu wenig! Damit immunisiert man sich auch gegen jegliche Regierungsbeteiligung auf Bundesebene. Auch behauptet Katja Kipping, dass die UN-Truppen es wären, die die Gewaltspirale anheizen würden:

„Auch bei aktuellen Konflikten lässt sich beobachten, wie militärische Interventionen schnell die Gewaltspirale weiterdrehen statt sie zu stoppen. In Zentralafrika wurden die französischen Truppen aufgestockt, um muslimische Milizen zu entwaffnen. Entwaffnung an sich ist ein gutes Ziel, aber sie funktioniert nicht mit Gewalt und nicht einseitig. Nach der Entwaffnung der muslimischen Milizen wurden andere, namentlich die christlichen Anti-Balaka-Milizen, ermutigt, nun auf Muslime loszugehen. Die Folge des französischen Einsatzes ist nun, dass Muslime um ihr Leben fürchten müssen.“²⁶

Diese Probleme gab es doch in Zentralafrika schon lange. Auch hier ist der multilaterale Ansatz doch viel wirkungsvoller, als das unilaterale Handeln der Franzosen, bevor die Europäische Union eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik eingeleitet hatte. Wie soll eine Entwaffnung denn stattfinden ohne die Anwendung von internationaler Gewalt. Paramilitärische Milizen werden wohl kaum ohne Gegenwehr plötzlich die Theorie „Schwerter zu Pflugscharen“ ausführen. Es wurde auch niemand dazu aufgehetzt zur Waffe zu greifen und eine extralegale Miliz zu gründen. Selbst wenn eine solche Miliz jetzt agiert, wäre es doch von Nöten auch diese zu entwaffnen, wenn es sich nicht um reguläre Truppen handelt. Hier wird ein Zerrbild der Realität gezeichnet, das bei der Lösung der Probleme in keiner Weise weiterhilft. Insofern muss die Linkspartei endlich zur Kenntnis nehmen, dass es für Problemlösungsstrategien in der Internationalen Politik eben eine zureichende wissenschaftliche Analyse braucht. Das geht eben nicht, wenn über die Parteistiftung nur normative Demagogen und rassistische Empiriker gefördert werden, die über die Rosa-Luxemburg-Stiftung auch noch Geld dafür erhalten, dass sie mit pseudowissenschaftlichen Pamphleten gegen die Prinzipien der Menschenwürde agitieren. Ich erinnere hier nur an Florian Wilde, der hier ein Promotionsstipendium erhalten hat für eine Bibliographie über einen stalinistischen Penner wie Ernst Meyer, die in der Realpolitik niemand braucht.²⁷ Von solchen zweifelhaften Akademikern wird man dann innerparteilich denunziert, wenn man um die Menschenrechte bemüht ist. Aber Katja Kipping behauptet weiterhin antimilitaristisch zu sein:

„Wisst ihr, die Befürworter von Militäreinsätzen versuchen unsere Haltung zu denunzieren: Sie sei weltfremd, uns sei egal, was in der Welt passiert. Der Antimilitarismus sei unsolidarisch gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft und dem ist zu erwidern:

Erstens: Gerade weil uns Not und Elend in der Welt nicht egal sind, kämpfen wir unermüdlich für mehr Entwicklungszusammenarbeit und für eine andere Weltwirtschaftsordnung. Wir wissen, rund ein Dreißigstel der Gelder, die jedes Jahr in das Militär fließen, würden ausreichen, um den schlimmsten Hunger zu bekämpfen und damit die Ursachen von Gewalt gänzlich zurückzudrängen.“²⁸

Das ist doch alles falsch! Die Befürworter dieser humanitären Militäreinsätze bekämpfen

26 Kipping, Katja: Wer Europa will, der muss es den Reichen nehmen, Rede von Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, zur Eröffnung des Hamburger Parteitages, in: die-linke.de vom 15. Februar 2014, online unter:

<http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/europaparteitag-2014/reden/katja-kipping/>

27 Siehe hierzu: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteeivorstand/parteeivorstand-2012-2014/mitglieder/wilde-florian/>

28 Kipping, Katja: Wer Europa will, der muss es den Reichen nehmen, Rede von Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, zur Eröffnung des Hamburger Parteitages, in: die-linke.de vom 15. Februar 2014, online unter:

<http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/europaparteitag-2014/reden/katja-kipping/>

Terroristen und Militärdiktaturen in der Welt! Das ist antimilitaristisch! Die Linkspartei vertritt hier eine dekadente Yuppie-Gesinnung. Das ist eben untragbar für eine Regierungspartei. Für mehr Entwicklungszusammenarbeit und für eine andere Wirtschaftsordnung stehen die anderen Parteien im Deutschen Bundestag doch auch. Ich verweise hier auf ein Zitat des ehemaligen SPD-Bundesvorsitzenden Kurt Beck:

„Die Vereinten Nationen und ihre Institutionen müssen in diesem Sinne reformiert und demokratisiert werden, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen und den Realitäten in der Welt gerecht zu werden.

Diese Herausforderungen und Realitäten finden sich im besonderen Maße in der zunehmenden Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Rüstungskontrolle und Abrüstungspolitik müssen daher wieder mit Nachdruck vertieft werden, um zu verhindern, dass atomare, biologische oder chemische Kampfstoffe in die falschen Hände geraten und zu einer globalen Bedrohung werden.“²⁹

Das ist doch die Politik, die auch diese Bundesregierung vertritt. Das ist auch nur durch globalen Multilateralismus möglich und erreichbar. Wo antidemokratische und diktatorische staatliche Strukturen in der Welt vorherrschen, da haben die reichsten Industrieländer doch die verdamnte Pflicht, hier den Proletariern in diesen Staaten zur Hilfe zu schreiten und ihr Überleben zu sichern.

Im Kommunistischen Manifest heißt es doch:

„Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände.

In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor.

Die Kommunisten arbeiten endlich überall an der Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder.

Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“³⁰

Die Linkspartei spaltet das Internationale Proletariat und ist verantwortlich für den Rückschritt in der internationalen Freiheitsbewegung. Die Linkspartei ist im gegenwärtigen Zustand eine national-bolschewistische Sekte. Die Linkspartei will den Unterdrückten und den Ausgebeuteten, den von Hunger und Tod bedrohten Menschen in den gefährlichsten Regionen der Welt nicht helfen. Das ist die Folge des Entrismus von Oskar Lafontaine und seinen stalinistischen Gesinnungsgenossen, die zum Teil jahrzehntelang in der SPD überwintert haben, um eine autoritäre Kaderpartei im deutschen Parteiensystem wieder zu etablieren. Dieser Entwicklung muss die Parteibasis der Linkspartei endlich entgegentreten und den Positionen von Karl Marx und Friedrich Engels zur Mehrheit verhelfen.

Muss man denn noch wirklich an die gesellschaftlichen Zustände in der Welt erinnern? Dass es eine

29 Beck, Kurt: Sozialdemokratische Außenpolitik im 21. Jahrhundert – Eine Einführung, in: Beck, Kurt (Hrsg)/Heil, Hubertus (Hrsg.): Sozialdemokratische Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, Nomos Verlag, Baden-Baden 2007, S. 16

30 Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 4, 6. Auflage 1972, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1959, Berlin/DDR, S. 493, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm

Diskrepanz im Wohlstandsniveau zwischen den Industrieländern und der Dritten Welt gibt, ist doch allgemein bekannt. Ich will an dieser Stelle nur betonen, dass es in den islamistischen Gottesstaaten und in China immer noch keine Gewerkschaftsfreiheit gibt, immer noch eine autoritäre Zentralverwaltungswirtschaft wie in der untergegangenen Sowjetunion. Und das sind noch gute Lebensbedingungen im Vergleich zu den Staaten in Afrika. In Mauretanien gibt es gar immer noch Leibeigene:

„Sie heißen „Diener“ oder „Hausangestellte“: Das sind edle Worte für ein ungerechtes Geschäft zum Hungerlohn: Sklaverei ist in Mauretanien an der Tagesordnung. Obwohl gesetzlich seit 1981 verboten, ist das Halten von Leibeigenen aus dem täglichen Leben nicht wegzudenken. Ein neues Gesetz aus dem Jahr 2007 bestraft Sklavenhaltung zwar mit fünf bis zehn Jahren Gefängnis, die Verfassung bezeichnet Sklaverei gar als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, und in diesem Jahr will die Regierung des Landes ein Tribunal zur Ahndung von Sklaverei einrichten. Die Realität aber sieht unerwartet anders aus.“³¹

Das sind die Lebensbedingungen, die in dieser Welt noch vorherrschen. Dagegen hat die Linkspartei nur Moralismus anzubieten, aber keine umsetzbaren Konzepte. Dass auch Menschenrechtsarbeit die engagierten Aktivisten in Gefahr bringen kann, zeigt folgendes Zitat.

„Überall auf der Welt ist Leibeigenschaft verboten, auch im westafrikanischen Mauretanien. Doch tatsächlich lebt in dem Land jeder fünfte Einwohner in Unfreiheit. Weiße Mauren befinden über schwarze Araber, als wären sie eine Sache, auch Kinder müssen arbeiten. Der Aktivist Biram Dah Abeid versucht die Sklaven zu befreien - jetzt droht ihm der Tod durch den Strang.“³²

Das sind die Realitäten in der Dritten Welt. Wenn dann noch Waffengewalt von Extremisten und Menschenschlächtern dazukommt, ist die Linkspartei nicht bereit, hier mit militärischer Hilfe einzugreifen, nur weil man nicht über den eigenen Schatten springen kann. Das ist wirklich erbärmlich! Die Menschenrechtsarbeit muss ganz offensichtlich zum Teil auch mit militärischer Hilfe geschützt werden.

Die Linkspartei müsste vielmehr anerkennen, dass die anderen politischen Parteien im Bundestag auch das Ziel verfolgen, die sozialen und ökonomischen Menschenrechte und das Recht auf Leben umzusetzen. Ich bleibe dabei, dass insbesondere die Deutsche Sozialdemokratie hier eine im Rahmen des Machbaren richtige Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik vertreten hat. Diese Auffassung habe ich auch immer vertreten.

Ich erinnere da nur beispielhaft an die Rede von Gerhard Schröder von der UN-Vollversammlung, um dies zu begründen:

„Die Geschichte erinnert und sie weist uns den Weg. Vor 30 Jahren, am 18. September 1973, haben die Vereinten Nationen Deutschland die Rückkehr in die Völkerfamilie ermöglicht. Mein Vorgänger, der deutsche Bundeskanzler Willy Brandt, hat dafür die Grundlagen geschaffen. Sein Ansehen als Antifaschist hat Vertrauen wachsen lassen. Sein Engagement als überzeugter Internationalist ging weit über die Entspannungspolitik im damaligen Ost-West-Konflikt hinaus. (...) Unsere Geschichte weist uns den Weg. Es ist der Weg in eine intensive internationale

31 Mauretanien: "Leibeigenschaft" noch immer weit verbreitet, in: missio.at vom 20. Januar 2014, online unter: http://www.missio.at/news/aktuelles/detail/article/mauretanien-leibeigenschaft-noch-immer-weit-verbreitet.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=226&cHash=c2f5820a2c9b240770a7f8f1834419f9

32 Obermaier, Frederik/Schenck, Niklas: Leibeigenschaft in Mauretanien: "Als früherer Sklave bist du nichts", in: sueddeutsche.de vom 06. Juni 2012, online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-aus-mauretanien-als-frueherer-sklave-bist-du-nichts-1.1374517>

Zusammenarbeit unter dem Dach der Vereinten Nationen, die wir – auch durch mutige Reformen – weiter stärken müssen. Es ist der Weg zu einer universalen Ordnung des Rechts und der Menschenwürde, des verantwortlichen Regierens und der Teilhabe aller Menschen am Wohlstand dieser Welt. Und es ist der Weg zu Sicherheit und Frieden durch umfassende Prävention:

Wir müssen, auf der Basis eines effektiven Multilateralismus, entschlossen handeln, wo Frieden gefährdet und Menschenrechte verletzt werden.

*Aber wir müssen uns genauso entschlossen engagieren, Konflikte zu vermeiden und stabile Strukturen zu schaffen, damit die Menschen ihr Leben in Freiheit und tolerantem Miteinander führen können.*³³

Ja! Das sind die Werte und Ziele der sozialdemokratischen Politik. Diese Politik von der gesamten Regierung unter dem Bundeskanzler Gerhard Schröder habe ich immer unterstützt. Nein! Diese humanistischen Werte der SPD zu ignorieren und versuchen die Anstrengungen der anderen Parteien derart zu Unrecht ins negative Licht zu rücken, halte ich für eine bodenlose Frechheit! So ist die Linkspartei nicht verhandlungsbereit, weil man den Eindruck erweckt, es herrscht ein klares Freund-Feind-Denken vor: Nur die Linkspartei hat den alleinigen Anspruch auf Wahrheit und alle anderen Demokraten wären Kriegstreiber. Das ist erbärmlich!

Es gibt doch eine klare Ursache dafür, warum wir Deutschen und Europäer eine solche Politik vertreten wollen, in jedem Falle die Erfahrungen zweier totalitärer Diktaturen, des Nationalsozialismus und des real-existierenden Sozialismus. Dazu sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen:

*„Im Bewusstsein unserer eigenen Geschichte nehmen wir unsere Verantwortung für eine kooperative Friedenspolitik wahr. Wir tun das mit wirtschaftlichen, politischen und humanitären Mitteln. Aber wir übernehmen auch, Seite an Seite mit unseren Partnern in der NATO und in der EU, militärische Verantwortung dort, wo das zur Sicherung des Friedens und zum Schutz der Menschen unumgänglich ist.“*³⁴

Über die politischen Einflussmöglichkeiten der Deutschen Bundesregierung habe ich mich ja bereits geäußert.³⁵ Nun gab es auch einen Dissens in der Bewertung der Militäreinsätze in Jugoslawien und Afghanistan zwischen SPD und Grünen mit der Linkspartei. Angesichts der internationalen Verpflichtungen Deutschlands im Rahmen des NATO-Bündnis bestand für die rot-grüne Bundesregierung keine andere Wahl, als diesen Einsätzen zuzustimmen. Dies gilt auch für die Nachfolge-Regierungen unter Bundeskanzlerin Angela Merkel. Es gab einige VertreterInnen von SPD und Grünen, die angesichts der offenbar notwendigen Verteidigung der USA nach den Terroranschläge des 11. September 2001 ihre Zustimmung zu dieser Afghanistan-Mission gaben, andere wiederum sahen auch die Möglichkeit, durch den ISAF-Einsatz die Menschenrechtslage in Afghanistan zu verbessern. Ich betone deutlich, dass ich mich keiner dieser Argumentationen anschließen würde. Ich denke auch, dass diese Militäreinsätze, zumindest durch die Art und Weise der militärischen Vorgehensweise, sich mit den Werten der Europäischen Union und den Menschenrechten nicht in Einklang bringen lassen. Vielmehr denke ich, dass diese Entscheidungen der Bundesregierung aus der Tatsache entsprang, dass im Rahmen des NATO-Bündnisses keine

33 Schröder, Gerhard: Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor der 58. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York, 24. 09. 2003, in: Beck, Kurt (Hrsg)/Heil, Hubertus (Hrsg.): Sozialdemokratische Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, Nomos Verlag, Baden-Baden 2007, S. 486

34 Schröder, Gerhard: Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor der 58. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York, 24. 09. 2003, in: Beck, Kurt (Hrsg)/Heil, Hubertus (Hrsg.): Sozialdemokratische Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, Nomos Verlag, Baden-Baden 2007, S. 486

35 Siehe hierzu: Frank, Michael: Die Außen- und Europapolitik der Linkspartei auf dem Prüfstand, in: michael-frank.eu, Berlin 2013, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Buecher/Linke-Aussen-Europa.pdf>

andere Handlungsoptionen bestanden, weil die NATO ein Instrument des US-Imperialismus zur Durchsetzung der Pax Americana ist. Ich sah auch deutlich die Gefahr, dass sich die Sicherheitslage in Deutschland und Europa durch den Angriffskrieg in Afghanistan, den ich von Seiten der USA immer noch als einen Ölkrieg ansehe, enorm verschlechtern würde. Ebenso im Einsatz in Jugoslawien sehe ich eine geostrategische Kriegsführung, die nicht in erster Linie dem Ziel diene, Menschenrechte durchzusetzen. Was den Afghanistan-Einsatz angeht, habe ich auch damals in Kenntnis der Informationen über den möglichen Aufenthaltsort von Osama Bin Laden für ein geheimdienstliches Vorgehen plädiert, um Osama Bin Laden und seine Mitstreiter vor den Internationalen Gerichtshof zu bringen. Ich bleibe auch dabei, dass dies eine Vorgehensweise gewesen wäre, die Menschenleben gerettet hätte und dennoch zum gewünschten Erfolg geführt hätte. Da die USA offenbar in der Lage waren selbst den Deutschen Bundeskanzler auszuspionieren,³⁶ obwohl es doch beachtliche deutsche und europäische Sicherheitsorgane gibt, denke ich, dass man auch ohne ein Bombardement auf Afghanistan die Terrororganisation Al-Kaida hätte zerschlagen können. Da dies aber die US-amerikanische Regierung unter George W. Bush nicht wollte und uns Deutschen und weitere europäische Länder über die NATO zum Handeln erpressen konnte, gab es für die rot-grüne Bundesregierung keine andere Möglichkeit zum eigenständigen Handeln, weil alle eigenen Einflussmöglichkeiten ausgeschöpft waren. Insofern müsste die Linkspartei endlich aufhören damit, ihre Kritik am Afghanistaneinsatz gegen die SPD und die Grünen zu richten, sondern gegen die USA. Obama hat diese Politik doch fortgeführt. Ich will aber auch nicht verschweigen, dass die Linkspartei sich in dieser Frage doch geschickt aus der Affäre hat ziehen können, denn in Regierungsverantwortung hätte sie die Einsätze in Jugoslawien und Afghanistan nämlich mit beschließen müssen, obwohl sie nicht ihren ethischen Vorstellungen von weltpolitischem Handeln entsprechen. Zumindest dann, wenn sie an der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union interessiert gewesen wäre. Da liegt eben der Hauptpunkt, warum die Linkspartei auch im Moment noch kein verlässlicher Partner für eine Regierungsbildung auf Bundesebene ist. Die Grünen und die SPD haben zu diesem Zeitpunkt Verantwortung übernommen. Das müsste bei unvorhergesehenen Szenarien auch in Zukunft die Linkspartei tun. Katja Kipping sagt weiter:

„Zweitens: Wir stehen für eine weltweite Geltung der Menschenrechte, insbesondere der sozialen Menschenrechte. Wir wollen, dass internationale Gerichte über ihre Einhaltung wachen und auch Unternehmen und Staaten zur Rechenschaft ziehen können, aber für all dies ist die Anwendung von militärischer Gewalt kontraproduktiv.“³⁷

Das tut doch auch die Bundesregierung. Es ist doch ganz eindeutig bereits von mir oben geschildert worden, dass die weltweite Geltung der Menschenrechte das Ziel der antimilitaristischen Politik von CDU/CSU und SPD ist. Derart dreist gegenüber dem berechtigten Ansinnen der Regierung zu sein erweckt doch nicht den Eindruck, dass die Linkspartei bereit ist, diese Werte auch global umzusetzen. Frau Kipping setzt hier selbst zu einer chauvinistischen Polemik an, die nur zeigt, dass die Linkspartei im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik keine Politikkonzepte hat. Das ist für mich in keiner Weise ein Beweis dafür, dass die Linkspartei in welcher Form auch immer bereit ist, auf der Bundesebene und der europäischen Ebene Verantwortung zu übernehmen. Damit stellt sich die Linkspartei selbst in die Ecke, polemisiert und agitiert gegen die vorherrschenden Realitäten mit blanker Ideologie. Damit gewinnt man keine aufgeklärten Mitglieder und die engagiertesten und intelligentesten MitstreiterInnen wenden sich von dieser Form der politischen

36 Siehe hierzu: Haselberger, Stephan: Altkanzler Gerhard Schröder exklusiv in BILD: „Die USA haben keinen Respekt vor der Souveränität unseres Landes“, in: bild.de vom 06. Februar 2014, online unter: <http://www.bild.de/politik/inland/gerhard-schroeder/interview-zur-nsa-abhoeraffaere-34553370.bild.html>

37 Kipping, Katja: Wer Europa will, der muss es den Reichen nehmen, Rede von Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, zur Eröffnung des Hamburger Parteitages, in: die-linke.de vom 15. Februar 2014, online unter: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/europaparteitag-2014/reden/katja-kippling/>

Auseinandersetzung angewidert ab. Das ist kein verantwortungsvolles Handeln, so wie man es von einer Regierungspartei erwarten müsste.

Die SPD will doch mit konkreten Vorschlägen unsere humanistische europäische Identität auf die europäischen Nachbarregionen ausdehnen. Beispielsweise Frank-Walter Steinmeier schreibt dazu:

„Sozialdemokratische Europapolitik bedeutet, den „european way of life“ zu bewahren und für die Generation unserer Kinder weiter zu entwickeln. Darum arbeiten wir für ein handlungsfähiges Europa, das sich für Frieden und Stabilität auch in den Nachbarregionen einsetzt. (...) Die gemeinsame Außenpolitik der Europäer muss deshalb darauf zielen, unser Modell des Zusammenwachsens, das Modell von Sicherheit und Stabilität, auf die Regionen in der Nachbarschaft zu Europa auszudehnen. Politischer Dialog, wirtschaftliche Verflechtung und eine konkrete Zukunftsperspektive für die Menschen – diese Prinzipien können Vorbild für die Gebiete an der östlichen EU-Grenze, für den Nahen Osten und für den Mittelmeerraum sein. Überall auf der Welt entsteht dauerhafter Frieden nur, wenn die Menschen Vorurteile und Hass überwinden und beginnen, miteinander zu arbeiten und zu leben – wie in den vergangenen 50 Jahren in der EU“³⁸

Der Europäische Weg ist doch, die Menschenrechte und gute ökonomische, ökologische und soziale Lebensbedingungen zu exportieren. Das ist doch ein konkretes Angebot an unsere Nachbarländer, das Frank-Walter Steinmeier hier beschreibt. Diesen Weg sollte man weiter gehen. Auch das muss die Linkspartei mit unterstützen.

Außerdem bleibt Katja Kipping hier doch nur eine normative Idealistin. Wie will man denn gegen das Treiben von Antidemokraten weltweit agieren, wenn nicht mit Gewalt? Sicher, wenn das Volk eine Diktatur stürzt oder eine angreifende Armee geschlagen wird oder ein politisches System implodiert. All dies ist immer mit negativen Auswirkungen für das Proletariat verbunden. Warum also nicht hier dem Proletariat in antidemokratischen Ländern beiseite stehen? Die ArbeiterInnenbewegung muss doch international sein, um die Weltrevolution durchzusetzen. Also sind wir als Europäer doch immer auch ein Teil des internationalen Proletariats. Immer also auch in Verbindung mit denen, die unter menschenrechtswidrigen Bedingungen unterdrückt und ausgebeutet werden. Insofern sollte die Solidarität doch auch tatsächlich den von Krieg, Armut, Hunger und Tod bedrohten und betroffenen Menschen gelten. Das verstehe ich unter Internationalismus. Und dazu halte ich es auch für legitim, über multilaterale Institutionen militärische Gewalt einzusetzen, um Menschen in diesen gefährlichen Situationen zu helfen. Dies soll geschehen über eine wissenschaftliche Problemanalyse und eine Folgenabschätzung eines Einsatzes. Das ist eine humanistische und demokratisch-sozialistische Position.

Doch Katja Kipping bleibt bei Kritik an Waffen stehen:

„Drittens: Jede Waffe, die in ein Krisengebiet exportiert wird, heizt Konflikte an. Die höchste Form internationaler Verantwortung ist deswegen ein sofortiger Stopp von Rüstungsexporten. Das ist unsere Vorstellung von internationaler Verantwortung. Und wir wollen, dass die Bundesrepublik ein verlässlicher Partner ist: Verlässlich, wenn es darum geht, die Anwendung militärischer Gewalt aus der internationalen Gemeinschaft zu verbannen. Dafür steht DIE LINKE!“³⁹

Militärische Gewalt aus der internationalen Gemeinschaft verbannen! Ja! Natürlich ist das normativ

38 Steinmeier, Frank-Walter: Sozialdemokratische Europapolitik, in: Beck, Kurt (Hrsg)/Heil, Hubertus (Hrsg.): Sozialdemokratische Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, Nomos Verlag, Baden-Baden 2007, S. 28f.

39 Kipping, Katja: Wer Europa will, der muss es den Reichen nehmen, Rede von Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, zur Eröffnung des Hamburger Parteitages, in: die-linke.de vom 15. Februar 2014, online unter: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/europaparteitag-2014/reden/katja-kipping/>

kein falscher Gedanke für eine humanistische Politik, aber es ist doch nun mal nicht jeder gesellschaftliche Akteur oder jede Regierung auf der Welt friedlich eingestellt. Wie soll man denn damit umgehen? Zumal ein extrem hohes Maß an Waffenarsenalen doch überall auf der Welt bereits vorhanden ist. Der globale Kapitalismus ist so wie er ist auf Gewinnmaximierung ausgelegt. Insofern ist Waffenhandel ein blühendes Geschäft, dem man auch Einhalt gebieten muss. Das wird auch von der SPD und den Grünen doch so gesehen. Ich verweise dabei auf ein Zitat von Rolf Mützenich:

„Präventive, umfassende Friedens- und Sicherheitspolitik geht im Verständnis der SPD über reine Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik hinaus. Sie basiert auf dem erweiterten Sicherheitsbegriff und dem Konzept der menschlichen Sicherheit. Die SPD muss das Konzept der Kriegsverhütung auch in einer neuen Weltordnung verteidigen. Internationale Verträge bleiben unverzichtbare Instrumente, dem Wettüsten Einhalt zu gebieten.“⁴⁰

Dieses normative Ziel ist doch mit dem der Linkspartei kompatibel. Aber um es durchzusetzen, muss man halt auch die Handlungsweisen der anderen politischen Akteure mit in seine Überlegungen einbeziehen. Die USA vertreten diese Ziele nun mal nicht in dieser Form. Insofern muss man eben Kompromisse schließen. Da die Linkspartei aber noch nicht einmal mit der SPD und den Grünen kompromissbereit ist, scheint auch auf der internationalen Ebene die Linkspartei kein kooperativer Akteur zu sein.

Auch der von mir sehr geschätzte Egon Bahr beschreibt diesen Zusammenhang:

„Rüstungskontrolle und Abrüstung war einmal ein Markenzeichen deutscher Politik und der SPD im Besonderen. (...) Der Befund unserer Welt verlangt die Wiedergeburt von Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle. Das ist eine Aufgabe, bei der Europa Erfahrungen und Interessen hat. Die positiven Erfahrungen liegen auf der Hand. Die Interessen ergeben sich aus seiner Tradition, seinen Werten und seinem Willen zur Selbstbestimmung. Eine europäische Initiative zur Renaissance von Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung könnte eine weltweite Wirkung entfalten. Sie könnte während der deutschen EU-Präsidentschaft vorbereitet werden. Die Risiken ungebändigter Aufrüstung wachsen, wenn die Welt nicht versteht, dass sie Regeln für eine globale Zwangspartnerschaft erarbeiten muss, vergleichbar der Zwangspartnerschaft der gemeinsamen Sicherheit während des Ost-West-Konflikts. Der Rüstungswettlauf bei neuen Raketen-, Atom- und Weltraumwaffen würde einen Weltgipfel der Vereinten Nationen zu Rüstungsreduktion, Nichtverbreitung und Massenvernichtungswaffen rechtfertigen. Deutsche Anregungen dazu sollten entwickelt werden.“⁴¹

Rüstungskontrolle und Abrüstung sind ein Interesse das heute europaweit vertreten wird. Das ist doch ein enormer Fortschritt. Im Moment gibt es mit der Vorherrschaft der USA noch einen subjektiven Zwang für alle autoritären Regime zur Aufrüstung. Würden auch die USA und Russland sich diesem Interesse anschließen, so könnte weltweite Abrüstung über die Vereinten Nationen eingeleitet werden. Die Chancen dafür schätze ich aber selbst für gering ein.

Wo sind denn in dieser Frage die realistischen Vorschläge der Linkspartei? Vielmehr ist es doch so, dass derzeit nur gegen die Existenz von Waffen moralisiert wird. Das ist aber nicht radikal genug, um die herrschenden Verhältnisse in der Welt zu ändern.

40 Mützenich, Rolf: Sicherheitspolitische Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Beck, Kurt (Hrsg)/Heil, Hubertus (Hrsg.): Sozialdemokratische Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, Nomos Verlag, Baden-Baden 2007, S. 289

41 Bahr, Egon: Deutsche Sicherheitsinteressen im 21. Jahrhundert, in: Beck, Kurt (Hrsg)/Heil, Hubertus (Hrsg.): Sozialdemokratische Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, Nomos Verlag, Baden-Baden 2007, S. 274

Die Menschen in Europa, zumindest in West-Europa haben eben den Luxus, seit 1945 jahrzehntelang in friedlichen Verhältnissen zu leben. Dies hat auch Auswirkungen auf die eigene Wahrnehmung von Krieg und Gewalt.

Offenbar liegt auch hier Karl Marx richtig:

„Das allgemeine Resultat, das sich mir ergab und, einmal gewonnen, meinen Studien zum Leitfaden diente, kann kurz so formuliert werden: In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“⁴²

Die Produktivkräfte in Europa sind weit entwickelt. Es herrschen bürgerlich-demokratische Verhältnisse vor. Diese Lebensumstände beeinflussen das Bewusstsein. Es herrscht die Ansicht vor: Wir leben in Frieden und Wohlstand, also bräuchte man nur Frieden und Demokratie zu predigen und alle anderen Länder auf der Welt machen dann schon mit.

Das ist ein verantwortungsloses Denken das nicht nur innerhalb der Linkspartei, sondern in allen anderen Parteien vorherrschend ist. Es ist schäbig und wird bei allen anderen politischen Akteuren auch so wahrgenommen. Man kann sich doch nicht einfach nur hinstellen und sagen: Wir sind für Frieden, Freiheit und Demokratie und die anderen Parteien wären hier zweifelhaft geworden. Das hat negative Folgen für die Zusammensetzung der Wählerschichten und der Mitgliedschaft der Linkspartei.

In der Linkspartei ist dieses verantwortungslose Denken auch die Folge der populistischen Hetze, die Oskar Lafontaine hier verbreitet hat, als er als Parteivorsitzender für die reaktionären Kräfte innerhalb der Partei die Doktrin des National-Bolschewismus ausgerufen hat. Ich erinnere an die Rede von Oskar Lafontaine auf dem 1. Parteitag der Linkspartei im Jahre 2008:

„Wir, DIE LINKE, haben Begriffe gesetzt: den Mindestlohn, Hartz IV muss weg, wir wollen eine armutsfeste Rente und die Bundeswehr muss raus aus Afghanistan. Und wir haben den Wind der Geschichte in unseren Segeln. Das macht unseren Erfolg aus, liebe Freundinnen und Freunde.

Ist diese von Walter Benjamin vorgegebene Aufgabe in Angriff genommen und hat man ein Bild von einer neuen Gesellschaftsordnung, dann gilt es, die Veränderungsmöglichkeiten der Gesellschaft zu prüfen. Marx sagte dazu: »Eine Gesellschaftsordnung geht nie unter, bevor alle Produktionskräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.« Leben wir, liebe Freundinnen und Freunde, in einer solchen Zeit des Übergangs? Was wird heute im Schoße unserer Gesellschaft ausgebrütet? Wer einen modernen linken Politikentwurf präsentieren will, muss sich mit dem Kapitalismus im neuen Gewande, dem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus, auseinandersetzen, denn dies ist die entscheidende Frage

42 Marx, Karl: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 13, 7. Auflage 1971, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1961, Berlin/DDR. S. 8f., online unter: http://www.mlwerke.de/me/me13/me13_007.htm

unserer Zeit: Wie begegnet Politik dem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus? ⁴³

Ich will nur exemplarisch diese Stelle hier zitieren, weil hier deutlich suggeriert wird, diese unsere Gesellschaft in Deutschland und Europa wäre der einzig zu reformierende Teil der Weltgesellschaft. Das halte ich für einen falschen Ansatz für eine internationalistische Partei.

Ich wehre mich ausdrücklich gegen die Vereinnahmung von Karl Marx durch Oskar Lafontaine, den Führer der stalinistischen Sektierer in der Linkspartei. Ich behaupte, Herr Lafontaine trägt hier nur eine Rede vor, die Prof. Elmar Altvater ihm geschrieben bzw. seine theoretische Grundlagen er ihm in den Mund gelegt hat. Herr Altvater ist aber ein Bolschewik, der die Theorie von Karl Marx und Friedrich Engels genauso aufs Schäbigste verraten hat, wie alle marxistisch-leninistischen Demagogen auf den Lehrstühlen der Sowjetunion. Der genaue Zusammenhang, den Karl Marx hier darstellt ist nämlich Folgender:

*„Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten.“*⁴⁴

Wie unterschiedlich sind denn die Produktions- und Eigentumsverhältnisse zwischen Deutschland und der Dritten Welt? Wer hat denn viel eher die Fesseln an den Händen? Die Deutschen und Europäer oder die Menschen in Ruanda, Kenia und Sudan? Ziel marxistischer und sozialistischer Politik müsste es sein, die sozialen Revolutionen in der Dritten Welt zu unterstützen, damit die Menschen dort den autoritären Überbau abschütteln können. Nur dann werden demokratische Verhältnisse in diesen Ländern auch möglich und das Volk kann souverän seinen Diskurs über die ökonomischen Produktionsbedingungen führen und die ideologischen Konflikte friedlich austragen.

Die Theorie, die die Nationalbolschewiken in der Linkspartei hier vertreten ist doch: Wir gönnen uns alle ein Mehr an Sozialleistungen in Deutschland, während wir den Internationalismus verraten. Das ist das Problem! Und deshalb führt eine Regierungsbeteiligung der Linkspartei nur über den Weg, dass die Linkspartei sich von falschen Positionen und Personen trennt, die lediglich aus egoistischem Eigeninteresse den Pöbel zu einer falschen Politik aufhetzen, um mit Moralismus Mandate und damit satte Diäten zu bekommen. Die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse und die sozialen Revolutionen in den Ländern der Dritten Welt müssen durch uns Deutsche und Europäer unterstützt und organisiert werden, denn:

„Sowenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebensowenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewußtsein beurteilen, sondern

43 Lafontaine, Oskar: Wir haben noch große und schwere Aufgaben vor uns, Rede von Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, 1. Parteitag der Linkspartei, 2008, in: die-linke.de, online unter: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/1-parteitag-2008/reden/oskar-lafontaine/>

44 Marx, Karl: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 13, 7. Auflage 1971, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1961, Berlin/DDR. S. 9, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me13/me13_007.htm

*muß vielmehr dies Bewußtsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären. Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.*⁴⁵

Die vorherrschenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Dritten Welt sind doch offensichtlich falsch und ungerecht. Deshalb muss man durch internationale Hilfe für die Unterdrückten diese in die Lage versetzen, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern, in denen sie leben und die ihr Bewusstsein bestimmen. Man müsste das unterdrückte Proletariat in die Lage versetzen, die Widersprüche ihres materiellen Lebens zu beseitigen und so helfen, den Klassenkonflikt abzuschwächen, um ihn später global aufzuheben. Das sollten Europa und die Industrieländer auch in eigenem Interesse tun, denn die ökonomischen Unterschiede zur Dritten Welt sind so enorm, dass dies für den eigenen Frieden und den eigenen Wohlstand zu einer Gefahr wird.

Das mit einer überlegten wissenschaftlichen Problemanalyse anzugehen und die Folgen des eigenen Handelns mit logischer Wissenschaft abzuwägen, ist daher der richtige Ansatz.

*„Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind. In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden. Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, antagonistisch nicht im Sinn von individuellem Antagonismus, sondern eines aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervorchwachsenden Antagonismus, aber die im Schoß der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte schaffen zugleich die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus. Mit dieser Gesellschaftsformation schließt daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab.*⁴⁶

Es gibt doch die ökonomischen, logistischen und militärischen Möglichkeiten, die Probleme in der Dritten Welt zu lösen. Die Bedingungen und Voraussetzungen für die Beendigung der weltweiten Energieproblematik und der Unterernährung beispielsweise sind vorhanden. Die bürgerlichen Verhältnisse in Europa und den Industrieländern insgesamt sind eine bedeutende Ursache für den antagonistischen Klassengegensatz zwischen der Ersten und der Dritten Welt. Auf der anderen Seite können wir diesen Klassengegensatz mit den vorhandenen Möglichkeiten aufheben. Es sind doch auch die autoritären Machthaber in den Ländern der Dritten Welt, die dies nicht zulassen wollen. Und es sind zweifelhafte Pseudo-Demokraten, die diese Entwicklung nicht voranbringen wollen. Mit normativem Idealismus kann man die Probleme auf der Welt nicht lösen. Es braucht zwar den Willen, aber eben auch konkrete Projekte. Bei dieser Frage bietet die Linkspartei nichts an.

Denken wir mal an Herrn Milosevic, Herrn Saddam Hussein, Osama bin Laden, die Taliban, die Schlächter im Sudan, den simbabwischen Diktator Robert Mugabe oder den syrischen

45 Marx, Karl: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 13, 7. Auflage 1971, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1961, Berlin/DDR. S. 9, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me13/me13_007.htm

46 Marx, Karl: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 13, 7. Auflage 1971, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1961, Berlin/DDR. S. 9, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me13/me13_007.htm

Massenmörder Assad. All diese Leute interessiert es doch einen Scheißdreck, ob die Linkspartei hier normativ ist oder nicht. Ich bleibe dabei: Eine Demokratie mit aufgeklärten BürgerInnen, zumal eine in der die Menschen so reich sind wie in Deutschland, muss auch wehrhaft sein und vor allem so sozial, die Menschen nicht im Stich zu lassen, die von Hunger, Tod, Unterdrückung und Terror betroffenen sind.

Ich habe bereits klargestellt und logisch belegt, was ich von den humanitären Friedensmissionen der UN halte, an denen die Deutsche Bundeswehr beteiligt ist.⁴⁷ Es ist schon sehr bedauerlich, dass sich die Linkspartei bisher noch nicht meinen Vorstellungen angeschlossen hat.

Was bleibt denn in Erinnerung von der Polemik der Linkspartei gegen die Wirtschaftspolitik der letzten Großen Koalition? Der finanzmarktgetriebene Kapitalismus ist doch für eine demokratische Region wie Europa eine zu regulierende Erscheinung. Wie aber sieht es mit Wirtschaftsstrukturen in den Ländern der Dritten Welt aus? Wie ist es mit der Kommandowirtschaft im Iran, die der Wirtschaftsstruktur der Sowjetunion doch beachtlich ähnlich ist? Wie ist es mit der individuellen Freiheit in islamistischen Gottesstaaten bestellt? Wie sieht eine marode Wirtschaft in afrikanischen Ländern aus im Vergleich zu Europa, das die stärkste Wirtschaftsregion der Welt ist mit einem nie dagewesenen individuellen Reichtum in Deutschland? Sicher man mag Mängel in der Sozialpolitik in Deutschland anprangern, aber im Vergleich zu Sudan, Ruanda, Kenia und Afghanistan ist in Deutschland doch selbst für Sozialhilfeempfänger ein Wohlstandsniveau erreicht, mit dem man auch ohne Erwerbsarbeit durchaus gut leben kann. Wer so gut lebt, der hat die Verpflichtung auch international die Menschenwürde und den Reichtum zu exportieren. Durch Export von Know-How, von Technologie, von Maschinen, von Kapital. Für diese Position sehe ich allerdings auch in der SPD keine große Mehrheit. Hier müsste die Linkspartei ansetzen und neue Konzepte erarbeiten und von reaktionärer Agitpropaganda endlich Abstand nehmen.

Katja Kipping jedoch projiziert die Verantwortung für die Probleme an den EU-Grenzen auf die politischen Regierungsvertreter Deutschlands und der EU. So stiehlt man sich doch selbst aus der Verantwortung.

„Liebe Genossinnen und Genossen, die Krisenherde auf der Welt sind ein zentraler Grund für Not und Elend. Viele Menschen sind gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Für manche endet diese Flucht tödlich. Es gibt Leute, die schlagen sich bis nach Nordafrika durch in der Hoffnung auf ein besseres Leben in Europa. Sie kommen auf dem Kontinent an, auf dem einst die Idee der Aufklärung und Toleranz mitentwickelt wurde. Was sie dann erleben, hat jedoch mit Aufklärung und Toleranz wenig zu tun. Sie prallen auf das Grenzregime an der EU-Außengrenze. Sie werden von gut ausgerüsteten Polizeibooten auf die afrikanische Seite des Mittelmeers abgedrängt. Oder sie kommen in eines der zahlreichen Lager und müssen dort unter katastrophalen Bedingungen einfach auf ihre Rückführung warten. Der Kontinent, der nach den Katastrophen des letzten Jahrhunderts eigentlich den Schluss gezogen hat, dass es ein Asylrecht für Menschen in Not braucht, schottet sich von der Welt ab. Nach einem Passus, daran etwas zu ändern, sucht man im Koalitionsvertrag vergebens. Das ist doch unglaublich! Das Mittelmeer wird zum Massenfriedhof. Und die Regierung will daran nichts ändern. Das ist weder christlich, noch sozialdemokratisch! Das ist wohlstandchauvinistisch.“⁴⁸

47 Siehe hierzu: Frank, Michael: Rot-Grüne Kriegspolitik? Eine Absage an die „linke“ Heuchelei und an radikal-pazifistische Dogmatik, in: michael-frank.eu vom 06. Dezember 2013, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Fachartikel/2013-12-06-Rot-gruene-Kriegspolitik.pdf>

48 Kipping, Katja: Wer Europa will, der muss es den Reichen nehmen, Rede von Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, zur Eröffnung des Hamburger Parteitages, in: die-linke.de vom 15. Februar 2014, online unter: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/europaparteitag-2014/reden/katja-kipping/>

Katja Kipping erzählt uns hier Märchen, die uns in der Realpolitik doch in keiner Weise weiterhelfen. Das kann sie sich auch nur erlauben, weil sie eine hübsche junge Frau ist, die durchaus eloquent mit ihrem Chauvinismus ist. Dadurch macht sie sich gegen Kritik immun. Letztlich schadet das aber der Linkspartei und deutschen und europäischen Interessen. Europa schottet sich doch alles andere als ab. Wir wollen doch auch den Wohlstand und die Demokratie und die Menschenrechte auf die Länder an den Grenzen Europas ausweiten. Natürlich ist es nicht zu leugnen, dass unser Wohlstand chauvinistisch wirkt. Aber man kann doch nicht auf die Gefahr, den eigenen Wohlstand und die eigenen Prinzipien der Menschenrechte zu verlieren, wahllos jeden illegalen Migranten einbürgern.

Ich denke, das was Frau Kipping hier vorträgt, ist zumindest indirekt auch sozialdarwinistisch und ein Angriff gegen die Weltgesellschaft. Dahinter steht doch die Theorie: Wir helfen den Menschen nicht in Kriegssituationen, lassen die Diktatoren und Schlächter die Regierungen in Afrika insbesondere Nordafrika weiterhin übernehmen und nehmen die als Mitbürger auf, die es nach Europa schaffen. Nein! Man muss den Menschen dort helfen, wo sie sind! Dort wo die Problemregionen dieser Erde sind, muss man eingreifen mit diplomatischen, ökonomischen und wenn es nicht anders geht auch mit militärischen Mitteln. Dazu hat insbesondere Deutschland die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit.

„Wenn es Flüchtlinge dann in eins der EU-Länder schaffen, ist ihre Tortur noch nicht beendet. Es drohen Abschiebungen. Wir aber wissen: Hinter jeder Abschiebung, hinter jeder untersagten Duldung stecken menschliche Schicksale.“⁴⁹

Wer illegal einreist ist ein illegaler Migrant. Selbst wenn jemand legal einreist, heißt das doch noch lange nicht, dass man ihn einbürgern muss, weil in seinem Herkunftsland Armut herrscht. Das kann zumindest schon aus rein logischen Erwägungen heraus nicht zielführend sein. Natürlich gibt es menschliche Schicksale die schlimm sind. Man kann aber nicht einerseits an Einzelschicksalen einen Popanz aufbauen und mit dem moralischen Zeigefinger auf die Bundesregierung zeigen, während man andererseits an die Ursachen der Probleme, nämlich ökonomische Verteilungsungerechtigkeiten und Waffen in der Hand von inhumanen menschenfeindlichen Diktatoren, Terroristen und Wahnsinnigen nicht herangeht. Da besteht einfach Nachholbedarf bei der politischen Theorie der Linkspartei.

„Schicksale, wie das einer jungen Familie, die mich in Dresden besuchte. Sie stammt aus der Ukraine und kam zum Studium nach Dresden. Er kommt aus Pakistan und lebt seit 14 Jahren unter Duldung in Deutschland. Eine Rückkehr nach Pakistan bedeutet für ihn Gefahr für Leib und Leben. In Pakistan kommt es nämlich immer wieder zu willkürlichen Verhaftungen und Folter von Systemkritikern. Beide lernten sich in Dresden kennen und lieben. Inzwischen haben sie drei Kinder. Das Jüngste hat gerade Laufen gelernt, das Größte geht schon zur Schule. Da ihm wichtige Papiere fehlen, können sie nicht heiraten. Sie sagt: Allein könnte ich zurück in die Ukraine. Aber für mein Mann mit seiner dunkleren Hautfarbe würde er bei uns nie akzeptiert werden, dafür ist der Rassismus gegenüber dunkelhäutigen Menschen aus Asien zu groß in der Ukraine. Sie wohnen zu fünft in einer Zwei-Raum-Wohnung. Er hat inzwischen eine vorübergehende Arbeitserlaubnis als Koch. Davon lebt die gesamte Familie – mehr schlecht als recht. Vor einigen Jahren, da hatten sie schon zusammen zwei Kinder, wollten die deutschen Behörden ihn abschieben. Sie holten ihn nachts um drei aus der Wohnung und wollten ihn in ein Flugzeug setzen. Zum Glück konnte die Abschiebung im letzten Moment gestoppt werden. Die Angst wieder nachts rausgezerrt zu werden,

49 Kipping, Katja: Wer Europa will, der muss es den Reichen nehmen, Rede von Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, zur Eröffnung des Hamburger Parteitages, in: die-linke.de vom 15. Februar 2014, online unter: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/europaparteitag-2014/reden/katja-kipping/>

sitzt tief und lässt ihn nachts oft aufschrecken. Immer wieder sagt die junge Frau im Gespräch: "Was haben wir denn verbochen? Wir wollen doch nur als Familie zusammen leben." "Wir wollen doch nur als Familie zusammenleben. Und wissen, dass wir nicht plötzlich auseinandergerissen werden." Die deutsche Behördenpraxis steht dieser schlichten Bitte einfach entgegen. Sie müssen sich weiter von Duldungsverlänge-rung zu Duldungsverlängerung hangeln.

*Ich muss sagen, das Gespräch mit dieser Familie hat mich wirklich mitgenommen. Und dann hab ich gemerkt, wie sich mein Mitgefühl mit ihnen umwandelte in Wut. Wut darüber, dass so etwas in Deutschland möglich ist.*⁵⁰

Hier wird ein Einzelschicksal regelrecht instrumentalisiert, um es gegen die Politik der Bundesregierung zu wenden. Das ist nicht mehr als moralistisches Predigen, um von Gutmenschen in der Wahlbevölkerung zu profitieren. Das ist nicht ausreichend und das hat negative Folgen für die Linkspartei: so setzt sich dann später auch die Wählerschaft und Mitgliedschaft zusammen. Aus moralistischen Phrasendreschern, die im Grunde eine reaktionäre Gesinnung fortführen. Das ist doch genauso peinlich wie erbärmlich.

*„Das hat mich darin bestärkt: Wir brauchen ein Stopp von Abschiebungen. Kettenduldungen, wollen wir zu Gunsten von gesicherten Aufenthaltsrechten beenden und wir brauchen eine menschlichere Flüchtlingspolitik sowohl an der EU-Außengrenze wie innerhalb von Europa. Denn kein Mensch ist illegal!“*⁵¹

Natürlich ist kein Mensch illegal, aber Deutschland kann doch nicht das Sozialamt für die ganze Welt sein. Wenn die Konsequenz aus dem vorher vorgetragenen Moralismus sein soll, dass jeder illegale Migrant auch ohne Bedingungen eingebürgert wird, dann wird Deutschland und Europa ebenso zum Armenhaus wie die Herkunftsländer aus denen die Migranten kommen. Zumal die Flüchtlingspolitik in Deutschland doch schon jetzt sehr human ist. Mit einer solchen falschen Flüchtlingspolitik wäre weder den betroffenen Flüchtlingen, noch den Europäern, noch dem Weltfrieden gedient. Hier werden Einzelschicksale instrumentalisiert, um für eine Einwanderungspolitik zu plädieren, die rein logisch nicht möglich ist. Muss man denn in erster Linie Flüchtlinge aufnehmen, die in die westliche Dekadenz entfliehen wollen oder müsste man nicht in erster Linie Kontingente für Flüchtlinge aus Bürgerkriegsregionen freihalten? Es müsste vielmehr eine geordnete Zuwanderungspolitik europaweit geben, die einerseits den humanitären Ansprüchen bei der Flüchtlingspolitik und andererseits den ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Interessen der Aufnahmestaaten gerecht wird.

Zumindest hat sich bei Katja Kipping aber die Erkenntnis durchgesetzt, dass in den nordafrikanischen Ländern alles andere als demokratische Verhältnisse vorherrschen und dass die Menschenrechte nicht gewahrt werden.

Soll man denn nur Flüchtlinge aufnehmen, damit die Diktatoren und ihre Armeen und Handlanger ungehindert stehenbleiben können? Oder ist es nicht besser, diplomatische Wege zu beschreiten und wenn es sich nicht vermeiden lässt auch militärische Mittel zu nutzen? Ich denke schon.

Im Falle des syrischen Bürgerkrieges ist die Linkspartei ja nicht einmal bereit gewesen, militärische

50 Kipping, Katja: Wer Europa will, der muss es den Reichen nehmen, Rede von Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, zur Eröffnung des Hamburger Parteitages, in: die-linke.de vom 15. Februar 2014, online unter: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/europaparteitag-2014/reden/katja-kipping/>

51 Kipping, Katja: Wer Europa will, der muss es den Reichen nehmen, Rede von Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, zur Eröffnung des Hamburger Parteitages, in: die-linke.de vom 15. Februar 2014, online unter: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/europaparteitag-2014/reden/katja-kipping/>

Schutzmaßnahmen mitzutragen, die die Türkei und die EU minimal vor drohenden Raketenangriffen des syrischen Diktators Assad schützen sollen.

Letztendlich ist diese Einwanderungspolitik nur verlogener Populismus. Das kommt an bei christlichen Gesinnungsethikern und Linksextremisten, ist aber realpolitisch untauglich.

Man muss sicher deutlich machen, dass die Kritik hier nicht nur an Katja Kipping als Person festgemacht werden kann, denn letztlich vertritt sie die politischen Positionen der Gesamtpartei. Nach der Kritik an allen Passagen der Rede von Katja Kipping bei denen sie sich mit Außenpolitik befasst, lässt sich ein Fazit deutlich ziehen: Die Linkspartei vergisst alle Ideale und Erkenntnisse des Marxismus. Sie bleibt bei einer radikal-pazifistischen Heilsideologie stehen, die zwar für Wahlkämpfe geeignet erscheint, aber letztlich die von Gewalt, Unterdrückung, Hunger und Krieg betroffenen Menschen in Konfliktregionen im Stich lässt. Das ist eben der Punkt, wo sich die Linkspartei verändern muss.

Eine Einzelfallprüfung der Vorschläge und Initiativen der Vereinten Nationen ist das Mindeste was eine Partei leisten muss, die sich ernsthaft mit internationalen Konflikten auseinandersetzen will. Diesem Diskurs versperrt sich die Linkspartei aus purer Ideologie und gefährdet damit Menschenleben. Wer in Regierungsverantwortung will, der muss zumindest die humanitären Friedenseinsätze der Vereinten Nationen, an denen die Deutsche Bundeswehr beteiligt ist unterstützen. Darüber hinaus müsste man auch bei unvorhergesehenen Szenarien und unpopulären außenpolitischen Entscheidungen bereit sein, sich nicht gegen die Mehrheit innerhalb einer Koalitionsregierung zu stellen. Eine Entwicklung in diese Richtung ist bei der Linkspartei im Moment noch nicht zu erkennen.

Eine Einzelfallprüfung von Problemlagen auf der Welt ist dabei das Minimum, um von radikal-pazifistischer Ideologie abzuweichen, die vordergründig humanistisch anmutet, im Grunde aber realpolitisch nicht humanitär ist und mit den Prinzipien der Menschenwürde und der UN-Menschenrechtscharta nicht in Einklang zu bringen ist. Dazu kann man gut und gerne auch für eine wissenschaftliche Annäherung an Problemanalysen von Konfliktregionen bei der Methode des dialektischen und historischen Materialismus von Karl Marx und Friedrich Engels bleiben. Nur man müsste es auch tun.

Bei allen humanitären Friedenseinsätzen der UNO, an denen die Bundeswehr beteiligt ist, lässt sich verifizieren, dass ein Fortschritt in der Lage der Menschenrechte entstanden ist. Das gilt eben für die Missionen EUTM Mali, AFISMA, ATALANTA, UNIFIL, Operation Active Endeavor, EUTM Somalia, EUSEC, UNAMA, UNAMID, UNMISS, EUCap Nestor und die Operation Active Fence. Die zwei Ausnahmen bilden hierbei der Bundeswehreininsatz im Rahmen der NATO in Jugoslawien und der Einsatz in Afghanistan. Ich habe bereits mehrmals erklärt, wie ich diese Missionen bewerte. Aber die Linkspartei muss sich auch hier den geostrategischen Realitäten stellen. Ich plädiere hier für einen fairen Umgang in der Debatte mit der SPD und den Grünen. Sie konnten, selbst wenn sie einer anderen ethischen Wertevorstellung hätten folgen wollen, hier rein realpolitisch nicht anders Handeln. Und das Handeln der rot-grünen Bundesregierung war im Rahmen des Machbaren sehr verantwortungsvoll.

Die amerikanische Gesellschaft ist eben nicht humanistisch, sie folgt nicht unseren europäischen Wertevorstellungen. In den USA ist Bellizismus common sense. Das ist gewalttätig, aber es ist Realität. Das ist für aufgeklärte europäische BürgerInnen nicht in Einklang zu bringen mit ihren Wertevorstellungen, aber es ist eine Tatsache, der man sich in der Realpolitik in den Internationalen Beziehungen nicht entziehen kann. Die Macht der USA ist so enorm groß, dass sie uns Deutschen

und Europäer nötigen, erpressen und tyrannisieren können. Das tun sie über die NATO, die ein Instrument des US-Imperialismus ist.

Als Besatzungsmacht beeinflussen die USA die politischen Interessen in Deutschland. Das hat auch Auswirkungen auf die Politik der Europäischen Union.

Natürlich ist es so, dass die US-amerikanischen PolitikerInnen kranke Faschisten sind. Man mag meinen, sie folgen der Ethik, Sex mit Kindern und Tieren zu predigen, so dass die Männer mit Schafen und Ziegen ficken und die Frauen es mit Hunden und Pferden treiben müssen. Deshalb sind vermutlich auch nur Bastarde im politischen System der USA anzutreffen, die sich von Schweinen nur durch den aufrechten Gang unterscheiden, ansonsten aber das gleiche grunzen, wie die Patriarchen in Nordkorea oder Iran. Man muss sich nur die US-amerikanischen Diplomaten anschauen, die hier in Deutschland agieren, um zu dieser Erkenntnis zu kommen.

Wegen den US-Amerikanern kann man vermutlich die NPD nicht verbieten, weil Barack Obama dort seinen Eintritt in die SPD und die Progressive Allianz vorbereitet. In Franz Münteferings Kreisverband hat er wohl schon die Mehrheit.

Man mag meinen, die US-Wirtschaft finanziert sich fast nur noch durch Export von Kinderpornografie und Drogen und weil es dort keine Sozialleistungen gibt, stehen US-amerikanische Frauen schon in Deutschland auf dem Straßenstrich.

Man mag sagen: Vor der Einreise in die USA sollte man warnen. Ich sage das vor allem an meine friedliebenden christlichen Freunde in der SPD: Ich warne euch vor den evangelikalen Predigern aus den USA. Hier wird Sex mit Kindern und Tieren gepredigt. Das ist die neue Staatsreligion von Obamas Gnaden! Auch dabei führt Barack Obama die Politik der Bush-Regierung fort.

Man dürfte glauben: Man hat doch im Falle von Sebastian Edathy und Jörg Tauss gesehen wohin es führt, wenn man antideutsch oder evangelikal wird. Erst schicken CIA und NSA einem Kinderporno, manipulieren und verwanzten den hauseigenen PC. Dann werden die Kinder mit Heroin „angefixt“ und drogensüchtig gemacht. Danach werden die Ehefrauen zu Tiersex aufgehetzt und zum Staatsanwalt geschickt. Und am Ende verliert man noch Haus und Hof. Dagegen wird man sich doch wohl auflehnen dürfen.

Wie kann man antisemitischer sein, als die US-Amerikaner? Dieser Ethik sollte man als Jude nicht folgen und als aufgeklärter europäischer Christ auch nicht.

Es ist schlimm, dass Mörder und Kinderschänder wie die US-Amerikaner es sind, die über derart viele Massenvernichtungswaffen verfügen, aber das lässt sich bedauerlicherweise durch materielle Gewalt aus Europa allein gegenwärtig nicht ändern. Man muss sich diesen Realitäten also stellen.

Das müsste doch Grund genug sein für die Linkspartei, sich endlich dem Militärischen zu öffnen. Ansonsten werden die Sicherheit der EU, unsere Freiheit und unsere Vorstellungen von Menschenwürde gefährdet. Dazu gehört es, den zügigen Aufbau einer europäischen Armee zu unterstützen. Man wird sich doch noch wehren dürfen, wenn der Einfluss von US-amerikanischen Geisteskranken auf das eigene Land zu groß wird! Das Problem der Linkspartei ist, dass in ihrem Bundesvorstand nur Ochlokraten, Pöbel-Pack und Gutmenschen sitzen, die an einer Ideologie festhalten, die auf den ersten Blick friedlich anmutet, letztlich aber gefährlich und auch gewalttätig ist.

Auch Russland nimmt Einfluss auf deutsche und europäische Politik. Aber muss man denn mitten im Parlament als Linkspartei die alten Leitlinien der KPRF vertreten, die deutschen und europäischen Sicherheitsinteressen und der humanistischen Ethik doch diametral entgegenstehen. Ich denke: Nein! Hier muss die Linkspartei ihre politischen Positionen verändern. Nur durch eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik kann man all den genannten Problem begegnen.

Ursachen für die falsche Außenpolitik der Linkspartei

Die Linkspartei erzählt uns hier also Geschichten, die sich zwar im Moment gut vermarkten, aber realpolitisch gesehen nicht mehr als eine Luftnummer sind. Die außenpolitischen Grundsätze der Linkspartei sind falsch. Das habe ich bis jetzt an der Rede von Katja Kipping exemplarisch dargestellt. Doch warum ist das so? Dieser Frage möchte ich jetzt auf den Grund gehen.

Ich denke, dass diese falschen außenpolitischen Grundsätze der Linkspartei zwei Ursachen haben, die ich gerne hier erläutern will. Ich habe bereits in einem anderen Fachartikel dargelegt, dass die pseudo-pazifistischen Grundsätze der Linkspartei die Ideologie des Sowjetblocks widerspiegeln.⁵² Das gilt hauptsächlich für die westdeutschen Mitglieder der Linkspartei in den Strömungen Kommunistische Plattform, Marxistisches Forum, Sozialistische Linke, Antikapitalistische Linke, der SAV und Marx21. Die Mitglieder in diesen Strömungen sind alle im Grunde als Agenten für die Politik der Stalinisten eingespannt worden, als die Blockkonfrontation noch bestand. Nach der Wende und dem Zerfall der Sowjetunion haben diese Strömungen ihre Ideologie weiter verbreitet und nun ihre Vorstellungen von Friedenspolitik in der Linkspartei mehrheitsfähig gemacht. Das sind inhumane politische und ethische Wertevorstellungen, die der Ideologie des Marxismus-Leninismus entspringen.

Aber auch die außenpolitischen Leitlinien der ehemaligen DDR sind eine Ursache für die falschen Positionen der Linkspartei in der Außenpolitik. Die DDR war als Staat des Warschauer Paktes auch an die ideologischen Leitlinien der KPdSU gebunden. Das galt in allen gesellschaftlichen Teilbereichen. Das heißt, dass die KPdSU auch im Wissenschaftssystem die ideologischen Leitlinien für die Satellitenstaaten vorgegeben hat. Der gesellschaftliche Diskurs über außenpolitische Fragen sollte so eingeeengt werden, damit die Satellitenstaaten keine eigenständige Außen- und Verteidigungspolitik vertreten können. Das hat die sowjetische Führung in Moskau getan, um einerseits im Kalten Krieg ihre Verbündeten linientreu zu halten und sich andererseits ein jederzeitiges Zugriffsrecht auf die militärischen Potentiale der Satellitenstaaten zu sichern. Dazu hat man eben den politischen und gesellschaftlichen Diskurs durch Gleichschaltung auf Marxismus-Leninismus eingeeengt, damit die PolitikerInnen und die relevanten politischen Akteure immer linientreu zur Moskauer Führung sind. Das geschah eben in der universitären Ausbildung. Diese Tatsachen wirken auf den gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskurs in Ostdeutschland und in der Linkspartei in Ostdeutschland, auch auf deren Parteireformer auch heute noch nach.

Die DDR war für die sowjetische Führung doch auch eminent wichtig als Aushängeschild, um die Überlegenheit des eigenen Gesellschaftssystems zu demonstrieren. Deshalb gab es in der DDR bereits in den 1970er und 1980er Jahren mehr politische Freiheiten, als in den anderen Ländern des Warschauer Paktes. Diese Einschätzung mag mit Hinblick auf die heutigen Lebensrealitäten und Grundfreiheiten bei den westdeutschen BürgerInnen unseres Landes befremdlich anmuten, es war aber auch tatsächlich so. Es soll auch hier keine Legitimierung des real-existierenden Sozialismus

52 Siehe hierzu: Frank, Michael: Die reaktionäre Ideologie der linken Außenpolitik ist die Ideologie des Sowjetblocks, in: michael-frank.eu vom 13. Juni 2013, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Fachartikel/2013-06-13-Die-reaktionaere-Ideologie-der-linken-Aussenpolitik.pdf>

vorgenommen werden, sondern dies dient mir hier lediglich, um auf die Ursachen der politischen Theorie der ostdeutschen Linkspartei-Mitglieder zu verweisen. Die politische Ideologie, die von der ostdeutschen Linkspartei in Bezug auf Außen- und Europapolitik vorgetragen wird, erinnert mich an das Werk „Zum ewigen Frieden“ von Immanuel Kant. Ich gehe davon aus, dass die Wertevorstellungen der Aufklärung und des Humanismus, insbesondere die Philosophie von Immanuel Kant, hier einen großen Stellenwert auch in der Philosophie der DDR eingenommen haben. Aber hier liegt eben auch der entscheidende Kritikpunkt, denn dieser Idealismus diente der Sowjetunion doch auch als Mittel der Herrschaft, denn Kant wurde zum Einen durch die Marxisten-Leninisten vereinnahmt, um ihre eigene Ideologie als historisch wahre Theorie in der Traditionslinie der Aufklärung zu stellen und andererseits um diesen pazifistischen Idealismus als außenpolitische Leitlinie für die DDR zu etablieren, damit die Satellitenstaaten eben im Falle einer Anweisung aus Moskau der Doktrin des Herrschaftszentrums folgen und keine eigenständige Außenpolitik betreiben.

Immanuel Kant stellt in seinem Werk „Zum ewigen Frieden“ sechs Präliminarartikel und drei Definitivartikel dar, die seines Erachtens zu einer friedlichen politischen Ordnung führen würden. Diese erkenntnistheoretische „wissenschaftliche“ Vorgehensweise und auch die moralphilosophischen Ideale dieses Werkes von Immanuel Kant sind meines Erachtens die philosophische Theorie, der die ostdeutschen Linksparteipolitiker auch heute noch anhängen. Sie sind alle Neokantianer, die Frieden predigen, weil dieser ein ethisch guter und richtiger Wert ist. Auch das Völkerrecht ist durch diese ethische Theorie geprägt. Sie enthält jedoch Paradoxien und ist doch durch Karl Marx und Friedrich Engels widerlegt worden. Dies werde ich jetzt hier beweisen.

Angesichts der unilateralen Politik der Supermächte, allen voran der USA, ist doch dieser ethische bzw. bestenfalls ontologische Materialismus von Immanuel Kant nicht mehr maßgebend für eine rationale politische Entscheidung.

Alle Präliminarartikel von Immanuel Kant lassen sich doch mit Logik widerlegen. Das will ich hier kurz und knapp beweisen. Im ersten Präliminarartikel heißt es:

„Es soll kein Friedensschluss für einen solchen gelten, der mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffs zu einem künftigen Kriege gemacht worden.“⁵³

Hier ist von einem Friedensschluss zwischen Staaten die Rede. Es gibt doch aber schon längst die Vereinten Nationen als globale internationale Organisation, die sich mit den Problemen von Krisen befasst, um den Weltfrieden zu erreichen. Insofern ist Immanuel Kants humanistischer Idealismus irgendwie in der UN-Charta auch enthalten, er verliert aber seinen nationalen Charakter, denn der UN-Sicherheitsrat regelt diese Fragen doch auf globaler Ebene, so wie es Artikel 39 der Charta der Vereinten Nationen festgeschrieben ist:

„Der Sicherheitsrat stellt fest, ob eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung vorliegt; er gibt Empfehlungen ab oder beschließt, welche Maßnahmen auf Grund der Artikel 41 und 42 zu treffen sind, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen.“⁵⁴

53 Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, in: Immanuel Kant: Werke in zwölf Bänden. Band 11, Frankfurt am Main 1977, S. 196, online unter: <http://www.zeno.org/Philosophie/M/Kant,+Immanuel/Zum+ewigen+Frieden.+Ein+philosophischer+Entwurf/Erster+Abschnitt,+welcher+die+Pr%C3%A4liminarartikel+zum+ewigen+Frieden+unter+Staaten+enth%C3%A4lt>

54 Charta der Vereinten Nationen, Kapitel VII - Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen, Artikel 39, online unter: <http://www.unric.org/de/charta>

Insofern wird auch die weltweite Bedrohungslage für den Weltfrieden immer nach Untersuchung der aktuellen Umstände neu bewertet. Es gibt zwar eine Definition von Weltfrieden, diese beschränkt sich aber nicht auf einen drohenden oder vorhandenen Krieg zwischen Staaten, sondern bewertet die Lage der Welt in ihrer Gesamtheit aller Staaten. Insofern kann man auch nicht nur ausschließlich bewerten, wie Staaten politisch, diplomatisch und ökonomisch zueinander stehen, sondern ob diese Umstände in ihrer Gesamtheit die weltpolitische Lage gefährden. Auch diese Form der Beurteilung mag Paradoxien enthalten, sie ist aber die Realität in den Internationalen Beziehungen.

Im zweiten Präliminarartikel schreibt Immanuel Kant:

„Es soll kein für sich bestehender Staat (klein oder groß, das gilt hier gleichviel) von einem anderen Staate durch Erbung, Tausch, Kauf oder Schenkung erworben werden können.“⁵⁵

Ein Staat wird hier als eine in sich geschlossene und autonome Gemeinschaft verstanden, die ein gemeinsames Ziel und Interessen hat. Ein Verkauf oder eine Unterwerfung dieses Staates an einen anderen Staat steht dem Gedanken der autonomen Gemeinschaft eines Staatsvolkes entgegen. In diesem Sinne wären auch der Kolonialismus und der Imperialismus als Eingriffe in die staatliche Integrität zu verstehen. Auch dies ist in den Gedanken der Charta der Vereinten Nationen zu finden. Auf der anderen Seite aber steht zum Einen die Dominanz der Supermächte, die die Weltpolitik diktieren können als reale Erscheinung, zum Anderen ist ein homogenes Staatsvolk fast in keinem Staat mehr vorhanden, sondern religiöse, ethnische und historische Unterschiede sind in fast jedem Volk eines Staates vorhanden. Insofern hat sich auch dieser Gedanke überlebt.

Der dritte Präliminarartikel besagt:

„Stehende Heere (miles perpetuus) sollen mit der Zeit ganz aufhören.“⁵⁶

Stehende Heere bzw. riesige Arsenale an Massenvernichtungswaffen sind die Realität in den Internationalen Beziehungen. Der Rüstungswettlauf während des und nach dem Kalten Krieg hat hier riesige Ansammlungen von Waffen in allen Weltregionen erzeugt. Das ist in der Tat eine enorme Gefahr für den Weltfrieden. In Artikel 26 der Charta der Vereinten Nationen heißt es daher:

„Um die Herstellung und Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit so zu fördern, daß von den menschlichen und wirtschaftlichen Hilfsquellen der Welt möglichst wenig für Rüstungszwecke abgezweigt wird, ist der Sicherheitsrat beauftragt, mit Unterstützung des in Artikel 47 vorgesehenen Generalstabsausschusses Pläne auszuarbeiten, die den Mitgliedern der Vereinten Nationen zwecks Errichtung eines Systems der Rüstungsregelung vorzulegen sind.“⁵⁷

Insofern ist der Gedanke der internationalen Kontrolle von Rüstung durchaus bereits vorhanden. Er wird jedoch nicht ausdrücklich als Gebot zur Abrüstung benannt. Angesichts der Bedrohungslage

55 Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, in: Immanuel Kant: Werke in zwölf Bänden. Band 11, Frankfurt am Main 1977, S. 196, online unter: <http://www.zeno.org/Philosophie/M/Kant,+Immanuel/Zum+ewigen+Frieden.+Ein+philosophischer+Entwurf/Erster+Abschnitt,+welcher+die+Pr%C3%A4liminarartikel+zum+ewigen+Frieden+unter+Staaten+enth%C3%A4lt>

56 Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, in: Immanuel Kant: Werke in zwölf Bänden. Band 11, Frankfurt am Main 1977, S. 196, online unter: <http://www.zeno.org/Philosophie/M/Kant,+Immanuel/Zum+ewigen+Frieden.+Ein+philosophischer+Entwurf/Erster+Abschnitt,+welcher+die+Pr%C3%A4liminarartikel+zum+ewigen+Frieden+unter+Staaten+enth%C3%A4lt>

57 Charta der Vereinten Nationen, Kapitel V – Der Sicherheitsrat, Artikel 26, online unter: <http://www.unric.org/de/charta>

der Staaten untereinander und der Fortsetzung des Ost-West-Konfliktes ist eine solche Abrüstungspolitik auch nur international machbar. Die Anstrengungen dazu kommen aus Europa durch diplomatische und politische Bemühungen. Auf der anderen Seite ist ein gewisses Maß an militärischem Gerät zur Zeit auch noch notwendig, um auf Konflikte in der Welt Einfluss zu nehmen, denn die Vereinten Nationen haben selbst ja keine Soldaten, sondern erhalten ein Kontingent aus den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen. Insofern ist dieser Präliminarartikel zwar durchaus noch aktuell und sinnvoll, aber als ein Idealismus zu betrachten, der ein Langzeitziel darstellt und angesichts der realen Begebenheiten und Machtverhältnisse im UN-Sicherheitsrat darstellen muss.

Der vierte Präliminarartikel besagt:

„Es sollen keine Staatsschulden in Beziehung auf äußere Staatshändel gemacht werden.“⁵⁸

Diese ökonomische Theorie ist als Kind seiner Zeit zu betrachten, als die vorherrschende wissenschaftliche Lehrmeinung in der Wirtschaftswissenschaft und damit die Wirtschaftsform noch der Merkantilismus war. Die Industrialisierung setzte aber erst am Ende des 18. Jahrhunderts langsam ein. Somit etablierten sich auch in Europa kapitalistische Strukturen, die eine stärkere wirtschaftliche Verflechtung auch zwischen Staaten, zum Teil auch zwischen verfeindeten Staaten zur Folge hatten.

Bei Kant ist hier der Gedanke, dass der Staat, der Geld von einem anderen Staat geliehen bekam, auch dann die Voraussetzungen zur Kriegsführung hat. Dies würde zwangsläufig zu Krieg führen, da dies im Interesse und in der Natur des Menschen läge. Diese Theorie ist falsch, denn das individuelle Interesse jedes Menschen ist ja nicht Krieg, sondern Frieden. Und der Proletarier ist in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung ja ein Teil der bürgerlichen Gesellschaft.

Bleibt das Problem bestehen, dass in den meisten Ländern der Dritten Welt eine enorm hohe Staatsverschuldung vorhanden ist, dass dort fast überall autoritäre Regime herrschen und die wirtschaftlichen Strukturen sich nicht unabhängig von den Industrieländern entwickeln können. Das ist in der Tat eine ungerechte Situation. Diese führt dazu, dass das Volk in diesen unterdrückten Ländern in einer mehrfachen Unterdrückung steht: Erstens durch den globalen Kapitalismus und seinen Klassenkonflikt, zweitens durch die autoritäre politische Herrschaft im eigenen Staat, drittens durch die autoritären wirtschaftlichen Strukturen in diesen Ländern und viertens kommt dazu die Bedrohung durch Gewalt und Krieg. Insofern müsste man diese These von Immanuel Kant, sollte sie überhaupt Anwendung finden, auf die neuen ökonomischen und politischen Strukturen in der Welt anwenden, denn ansonsten ist sie nicht mehr verifizierbar.

Der fünfte Präliminarartikel thematisiert das Prinzip der Nichteinmischung in einen anderen Staat:

„Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines andern Staats gewalttätig einmischen.“⁵⁹

58 Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, in: Immanuel Kant: Werke in zwölf Bänden. Band 11, Frankfurt am Main 1977, S. 197, online unter: <http://www.zeno.org/Philosophie/M/Kant,+Immanuel/Zum+ewigen+Frieden.+Ein+philosophischer+Entwurf/Erster+Abschnitt,+welcher+die+Pr%C3%A4liminarartikel+zum+ewigen+Frieden+unter+Staaten+enth%C3%A4lt>

59 Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, in: Immanuel Kant: Werke in zwölf Bänden. Band 11, Frankfurt am Main 1977, S. 198, online unter: <http://www.zeno.org/Philosophie/M/Kant,+Immanuel/Zum+ewigen+Frieden.+Ein+philosophischer+Entwurf/Erster+Abschnitt,+welcher+die+Pr%C3%A4liminarartikel+zum+ewigen+Frieden+unter+Staaten+enth%C3%A4lt>

Hier ist wiederum vom Verhalten der Staaten untereinander die Rede. Da ökonomisch, wissenschaftlich und gesellschaftlich heute die Staatenwelt in höchstem Maße verknüpft und voneinander abhängig ist, ist das Einmischen eines Staates in die Regierung eines anderen Staates nicht mehr zu unterbinden. Die wechselseitige Abhängigkeit der Staaten und ihrer Bevölkerung zueinander ist enorm hoch, die Mobilität der Bevölkerung und die modernen Kommunikationswege erlauben jederzeitigen Informationsaustausch und zivilgesellschaftliche Aktivitäten.

In der Charta der Vereinten Nationen wird in Artikel 39 jedoch auch auf Möglichkeiten hingewiesen, die eine gewalttätige Auseinandersetzung zwischen Staaten unterbinden sollen. Es wird hier verwiesen auf Artikel 41:

„Der Sicherheitsrat kann beschließen, welche Maßnahmen - unter Ausschluß von Waffengewalt - zu ergreifen sind, um seinen Beschlüssen Wirksamkeit zu verleihen; er kann die Mitglieder der Vereinten Nationen auffordern, diese Maßnahmen durchzuführen. Sie können die vollständige oder teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen, des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, der Post-, Telegraphen- und Funkverbindungen sowie sonstiger Verkehrsmöglichkeiten und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen einschließen.“⁶⁰

Die internationale Staatengemeinschaft hat also zunächst einmal die Möglichkeit, durch ökonomische Sanktionen in die Souveränität eines Staates einzugreifen, sollte sich dieser Staat nicht friedlich verhalten. Das ist ein enormes Machtinstrument der internationalen Gemeinschaft, um Druck auf die Regierung eines Staates auszuüben. Gleichzeitig ist in Artikel 42 der Charta der Vereinten Nationen auch die Möglichkeit vorgesehen, militärische Gewalt gegen einen Staat auszuüben, der sich nicht friedlich verhält oder dessen Regierung nicht das internationale Recht umsetzt und die Menschenrechte aufs Größte mißachtet:

„Ist der Sicherheitsrat der Auffassung, daß die in Artikel 41 vorgesehenen Maßnahmen unzulänglich sein würden oder sich als unzulänglich erwiesen haben, so kann er mit Luft-, See- oder Landstreitkräften die zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen durchführen. Sie können Demonstrationen, Blockaden und sonstige Einsätze der Luft-, See- oder Landstreitkräfte von Mitgliedern der Vereinten Nationen einschließen.“⁶¹

Zur Wahrung und Wiederherstellung des Weltfriedens kann also die Staatengemeinschaft auch zunächst die Macht des Wortes, des Protestes, des zivilen Ungehorsams und des politischen Widerstandes nutzen, um die Regierung eines Staates der den Weltfrieden gefährdet zu einer anderen Politik zu zwingen. Es sind ausdrücklich auch militärische Maßnahmen erlaubt, um einen Staat für das falsche Verhalten seiner Regierung zu sanktionieren. Jedoch sollen sie immer zuerst dem Ziel dienen, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu gewährleisten. Insofern gibt es bereits internationales Recht, das diesen fünften Präliminarartikel obsolet macht. Dabei gilt das übergeordnete Prinzip der Wahrung und Herstellung des Weltfriedens und der Menschenrechte.

Im sechsten und letzten Präliminarartikel heißt es:

„Es soll sich kein Staat im Kriege mit einem andern solche Feindseligkeiten erlauben, welche das wechselseitige Zutrauen im künftigen Frieden unmöglich machen müssen: als da sind, Anstellung

60 Charta der Vereinten Nationen, Kapitel VII - Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen, Artikel 41, online unter: <http://www.unric.org/de/charta>

61 Charta der Vereinten Nationen, Kapitel VII - Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen, Artikel 42, online unter: <http://www.unric.org/de/charta>

der Meuchelmörder (percussores), Giftmischer (venefici), Brechung der Kapitulation, Anstiftung des Verrats (perduellio) in dem bekriegten Staat etc.“⁶²

Hiermit wird die Überlegung angestellt, dass auch im Falle eines Krieges von Staaten untereinander gewisse Spielregeln gelten müssen, damit ein späterer Friedensschluss nicht unmöglich wird. Dieser Gedanke wird in den Genfer Konventionen aufgegriffen. Sie sind ein Kerngedanke des humanitären Völkerrechts. So werden beispielsweise hier Zivilisten, medizinisches und religiöses Personal und Journalisten unter besonderen Schutz gestellt. Außerdem gibt es verbotene Waffen und verbotene Kriegsmethoden.⁶³ Der Grundgedanke dieses Präliminarartikels ist also mehr als aktuell. Dennoch gibt es reihenweise Verletzungen der Genfer Konventionen durch viele Staaten. Insbesondere aber Terroristen, die die asymmetrische Kriegsführung anwenden, fühlen sich nicht im Geringsten in der Pflicht, die Genfer Konventionen zu beachten. Aber auch etwa die USA versuchen das Internationale Recht zu umgehen und missachten es grob.⁶⁴

Es ist also mehr als schwierig, dieses geltende Recht international umzusetzen, zumal die militärisch und politisch stärksten Staaten gegen das geltende Recht verstoßen können, ohne dass das für sie eine negative Auswirkung hat. Es bleibt zwar sinnvoll, auf die Einhaltung der Genfer Konventionen zu bestehen, aber es stehen außer dem moralischen Zeigefinger rein realistisch derzeit keine wirkungsvollen Instrumente zur Verfügung, um diesen Teil des humanitären Völkerrechtes vollständig umzusetzen.

Ich will diese kurze Untersuchung über die Ausführungen von Immanuel Kant hier beenden, da sie mir an dieser Stelle nur dazu dient, Folgendes zu belegen: Immanuel Kant ist zwar von humanistischen Idealen geleitet und will diese in den Diskurs der Bevölkerung bringen, um Frieden zu erreichen, aber dennoch ist er ein Gesinnungsethiker und damit ein Gutmensch. Sein Humanismus ist eine wollensbasierte, eine normativ-ontologische Theorie, die zwar eine rationale Theologie bzw. eine rationale Kosmologie, aber nicht logisch begründbar ist. Diese Theorie habe ich nunmehr widerlegt.

Diesen ethischen, normativen und metaphysischen Materialismus haben Karl Marx und Friedrich Engels doch auch mit der dialektischen Methode logisch widerlegt. Das ist bei Immanuel Kant der gleiche metaphysische, ontologische Materialismus wie bei Ludwig Feuerbach. Und dieser gesinnungsethische Materialismus wird auch von christlich-pazifistischen Gesinnungsethikern und etwa jüdischen Moralisten vertreten. Aber: Religionen sind doch falsch, sind Ideologien, die widerlegbar sind. Ich verweise dabei wiederum auf Karl Marx:

„Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elendes und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes.

Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks. Die Forderung, die Illusionen über einen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf. Die Kritik der Religion ist also im

62 Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, in: Immanuel Kant: Werke in zwölf Bänden. Band 11, Frankfurt am Main 1977, S. 199, online unter: <http://www.zeno.org/Philosophie/M/Kant,+Immanuel/Zum+ewigen+Frieden.+Ein+philosophischer+Entwurf/Erster+Abschnitt,+welcher+die+Pr%C3%A4liminarartikel+zum+ewigen+Frieden+unter+Staaten+enth%C3%A4lt>

63 Siehe hierzu: <http://www.drk.de/ueber-uns/auftrag/humanitaeres-voelkerrecht/genfer-abkommen.html>

64 Siehe hierzu: Kriegsgefangene – USA missachten Genfer Konventionen, in: sueddeutsche.de vom 17. Mai 2010, online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/kriegsgefangene-usa-missachten-genfer-konventionen-1.641743>

Keim die Kritik des Jammertales, dessen Heiligenschein die Religion ist. ⁶⁵

Man muss sich also für eine unvoreingenommene Bewertung der Internationalen Verhältnisse von religiöser Gesinnungsethik befreien, denn die Religion sind Gewaltideologien, die den Menschen unterdrücken und von einer wissenschaftlichen Erkenntnis abhalten, die letztlich die einzige Methode ist, um Fortschritt zu erzeugen. Auch der Humanismus ist eine politische Religion, wenn er ethisch vorgetragen wird. Er kann nach Marx nur durch die Veränderung der Lebensumstände auf der Grundlage der Erkenntnisse der dialektischen Methode umgesetzt werden.

„Das Fundament der irreligiösen Kritik ist: Der Mensch macht die Religion, die Religion macht nicht den Menschen. Und zwar ist die Religion das Selbstbewußtsein und das Selbstgefühl des Menschen, der sich selbst entweder noch nicht erworben oder schon wieder verloren hat. Aber der Mensch, das ist kein abstraktes, außer der Welt hockendes Wesen. Der Mensch, das ist die Welt des Menschen, Staat, Sozietät. Dieser Staat, diese Sozietät produzieren die Religion, ein verkehrtes Weltbewußtsein, weil sie eine verkehrte Welt sind. Die Religion ist die allgemeine Theorie dieser Welt, ihr enzyklopädisches Kompendium, ihre Logik in populärer Form, ihr spiritualistischer Point-d'honneur [Ehrenpunkt], ihr Enthusiasmus, ihre moralische Sanktion, ihre feierliche Ergänzung, ihr allgemeiner Trost- und Rechtfertigungsgrund. Sie ist die phantastische Verwirklichung des menschlichen Wesens, weil das menschliche Wesen keine wahre Wirklichkeit besitzt. Der Kampf gegen die Religion ist also mittelbar der Kampf gegen jene Welt, deren geistiges Aroma die Religion ist. ⁶⁶

Friedlicher und humanistischer Idealismus kann ein Antrieb sein, den Weltfrieden erreichen zu wollen, auch wenn er sich in religiösem Mantel kleidet. Er ist aber gleichermaßen untauglich, weil er nur wollensbasiert ist. Die Religionen sind also sowohl als Ursache für Kriege und Konflikte anzusehen, als auch als Antrieb, gegen diese vorzugehen. Man erinnere an die Worte von George W. Bush, der in Bezug auf den Irak-Krieg von einer „göttlichen Mission“ sprach.⁶⁷ Hier wird deutlich, dass man mit Hilfe von religiösen Dogmen als Begründung für militärisches Vorgehen eben nicht den Weltfrieden herstellen kann, weil religiöse Gesinnungsethik eben nur ein bestenfalls ethischer Materialismus ist. Religiöse Ideologien sind gewalttätig und hetzen zu Gewalt auf.

Um diesen Zusammenhang auch und gerade in Bezug auf die humanitären Friedensmissionen der UNO zu verdeutlichen, will ich auf die „Thesen über Feuerbach“ von Karl Marx zurückgreifen:

„Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus (den Feuerbachschen mit eingerechnet) ist, daß der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit, nur unter der Form des Objekts oder der Anschauung gefaßt wird; nicht aber als sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis; nicht subjektiv. Daher die tätige Seite abstrakt im Gegensatz zu dem Materialismus vom dem Idealismus - der natürlich die wirkliche, sinnliche Tätigkeit als solche nicht kennt - entwickelt. Feuerbach will sinnliche - von den Gedankenobjekten wirklich unterschiedne Objekte: aber er faßt die menschliche Tätigkeit selbst nicht als gegenständliche Tätigkeit. Er betrachtet daher im "Wesen des Christenthums" nur das theoretische Verhalten als das echt menschliche, während die Praxis nur in ihrer schmutzig-jüdischen Erscheinungsform gefaßt und fixiert wird. Er begreift daher nicht die

65 Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: Karl Marx/ Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 1. Berlin/DDR. 1976, S. 378f., online unter: http://www.mlwerke.de/me/me01/me01_378.htm

66 Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: Karl Marx/ Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 1. Berlin/DDR. 1976, S. 378, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me01/me01_378.htm

67 Siehe hierzu: Glaubenskrieg: Rau attackiert Bush, in: spiegel.de vom 31. März 2003, online unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/glaubenskrieg-rau-attackiert-bush-a-242880.html>

Bedeutung der "revolutionären", der "praktisch-kritischen" Tätigkeit. ⁶⁸

Der Gegenstand und die Wirklichkeit werden beim alten Materialismus also nur formalistisch und ohne den Sinnzusammenhang beschrieben. Das heißt etwa, das Gewalt, Krieg und Einzelschicksale nur für die Selbsterhaltung und Verstärkung der eigenen Ideologie instrumentalisiert werden, nicht aber der Zusammenhang des Phänomens untersucht wird. Die Folge ist, dass nur moralisiert wird und nicht nach Lösungen gesucht wird. Das wirkt hilflos. Man will eine andere Weltordnung, versperrt sich aber realen Maßnahmen, weil realpolitisches Handeln, also das Schließen von Kompromissen, wie eine Form der Ketzerei gegen die Ideologie wirkt. Der Marxismus-Leninismus ist also ein alter Materialismus, eine politische Religion. Karl Marx aber schreibt:

*„Die Frage, ob dem menschlichen Denken gegenständliche Wahrheit zukomme - ist keine Frage der Theorie, sondern eine praktische Frage. In der Praxis muß der Mensch die Wahrheit, i.e. die Wirklichkeit und Macht, Diesseitigkeit seines Denkens beweisen. Der Streit über die Wirklichkeit oder Nichtwirklichkeit des Denkens - das von der Praxis isoliert ist - ist eine rein scholastische Frage.“*⁶⁹

Dass man wirklich bereit ist, die Realitäten in der Weltpolitik zu ändern, kann man daher nur beweisen durch die praktische Tätigkeit. Alles andere bleibt unkonkret, ein rein scholastisches Predigen einer zwar human anmutenden Theorie, die aber nicht humanitär ist, weil die Möglichkeit, durch politische Praxis die Wirklichkeit zu ändern, ignoriert und abgelehnt wird.

„Die materialistische Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergißt, daß die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muß. Sie muß daher die Gesellschaft in zwei Teile - von denen der eine über ihr erhaben ist - sondieren.

*Das Zusammenfallen des Ändern[s] der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als revolutionäre Praxis gefaßt und rationell verstanden werden.“*⁷⁰

Dahinter steht der Gedanke: DIE LINKE. wäre erhaben, weil nur sie die normative Wahrheit thematisiert und das wahre humanistische Ideal vertritt. Das ist elitäres Denken. Deshalb braucht es hier ein Umdenken, weg von Dogmen und hin zu revolutionärer Praxis. Das ist ein Plädieren für rational-logische Entscheidungen in den Internationalen Beziehungen: Die Wirklichkeit zu verändern, indem man die Akteure verändert und darüber auch die Strukturen.

*„Feuerbach geht aus von dem Faktum der religiösen Selbstentfremdung, der Verdopplung der Welt in eine religiöse und eine weltliche Welt. Seine Arbeit besteht darin, die religiöse Welt in ihre weltliche Grundlage aufzulösen. Aber daß die weltliche Grundlage sich von sich selbst abhebt und sich ein selbständiges Reich in den Wolken fixiert, ist nur aus der Selbstzerrissenheit und Sichselbstwidersprechen dieser weltlichen Grundlage zu erklären. Diese selbst muß also in sich selbst sowohl in ihrem Widerspruch verstanden als praktisch revolutioniert werden. Also nachdem z.B. die irdische Familie als das Geheimnis der heiligen Familie entdeckt ist, muß nun erstere selbst theoretisch und praktisch vernichtet werden.“*⁷¹

68 Marx, Karl: Thesen über Feuerbach, in: Marx-Engels Werke, Band 3, Dietz Verlag Berlin, 1969, S. 5ff., online unter: http://www.mlwerke.de/me/me03/me03_005.htm

69 Marx, Karl: Thesen über Feuerbach, in: Marx-Engels Werke, Band 3, Dietz Verlag Berlin, 1969, S. 5ff., online unter: http://www.mlwerke.de/me/me03/me03_005.htm

70 Marx, Karl: Thesen über Feuerbach, in: Marx-Engels Werke, Band 3, Dietz Verlag Berlin, 1969, S. 5ff., online unter: http://www.mlwerke.de/me/me03/me03_005.htm

71 Marx, Karl: Thesen über Feuerbach, in: Marx-Engels Werke, Band 3, Dietz Verlag Berlin, 1969, S. 5ff., online unter: http://www.mlwerke.de/me/me03/me03_005.htm

(Religiöse) Gesinnungsethiker folgen nicht rational-logischem Denken, sondern immer der Ideologie. Deshalb muss man in der Internationalen Politik denjenigen Staaten, die gegen den Weltfrieden agieren, die humanistische Theorie aufzwingen als Ethik und bestenfalls als Logik, damit sie in die Lage versetzt werden, selbstbestimmt der Logik zu folgen und dem Weltfrieden zu dienen. Frieden Freiheit und Gleichheit sind für Marxisten immer das Ergebnis der Logik. Gesinnungsethiker sind alle Utilitaristen für ihre Ideologie.

„Feuerbach, mit dem abstrakten Denken nicht zufrieden, will die Anschauung; aber er faßt die Sinnlichkeit nicht als praktische menschlich-sinnliche Tätigkeit.“⁷²

Der Sinn ist aber die Abkehr von der bürgerlichen Gesellschaft, die Überwindung des Klassengegensatzes, die Weltgesellschaft der freien und gleichen Menschen in friedlichen Verhältnissen. Der ethische und ontologische Materialist fasst das Ziel nur bestenfalls unscharf. Zielorientiertes rational-logisches Handeln aber schafft die Voraussetzung für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Herrschaft insgesamt.

„Das Höchste, wozu der anschauende Materialismus kommt, d.h. der Materialismus, der die Sinnlichkeit nicht als praktische Tätigkeit begreift, ist die Anschauung der einzelnen Individuen und der bürgerlichen Gesellschaft.“⁷³

Mit Ontologie und Metaphysik, d.h. mit einer rationaler Theologie wie dem Marxismus-Leninismus kommt man aber bestenfalls zu einer bürgerlichen Gesellschaft, einer Gesellschaft der Pfahlbürger, in der jedes Individuum nicht frei ist, sondern ein Teil des normativen Gesellschaftssystems, in dem es zu funktionieren hat. Das ist die Erfahrung aus dem real-existierenden Sozialismus.

„Der Standpunkt des alten Materialismus ist die bürgerliche Gesellschaft; der Standpunkt des neuen die menschliche Gesellschaft, oder die gesellschaftliche Menschheit.“⁷⁴

Nur mit rational-logischem Handeln kann man eine Gesellschaft erzeugen, die menschlich und human ist. Das Ziel der Weltrevolution ist ein globales Ziel, um die Weltgesellschaft von Herrschaft und dem Klassenkonflikt zu befreien.

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kömmt drauf an, sie zu verändern.“⁷⁵

Hiermit plädiert Karl Marx noch einmal für die Veränderung der herrschenden Zustände und gegen die moralisierende Interpretation durch ontologisch-metaphysische Ideologen. Das heißt unter heutigen Voraussetzungen ein Eintreten für rational-logisches Handeln gegen religiöse Ideologien, gegen Marxismus-Leninismus, gegen Nationalismus und gegen Neoliberalismus als Dogma.

Um diese Veränderung der Welt zu erreichen und dadurch eine humanistische Weltgesellschaft möglich werden zu lassen, bedienen sich Marx und Engels eben der Methode des dialektischen Materialismus, die sich scharf von den metaphysischen Interpretationen und normativen Ideologien

72 Marx, Karl: Thesen über Feuerbach, in: Marx-Engels Werke, Band 3, Dietz Verlag Berlin, 1969, S. 5ff., online unter: http://www.mlwerke.de/me/me03/me03_005.htm

73 Marx, Karl: Thesen über Feuerbach, in: Marx-Engels Werke, Band 3, Dietz Verlag Berlin, 1969, S. 5ff., online unter: http://www.mlwerke.de/me/me03/me03_005.htm

74 Marx, Karl: Thesen über Feuerbach, in: Marx-Engels Werke, Band 3, Dietz Verlag Berlin, 1969, S. 5ff., online unter: http://www.mlwerke.de/me/me03/me03_005.htm

75 Marx, Karl: Thesen über Feuerbach, in: Marx-Engels Werke, Band 3, Dietz Verlag Berlin, 1969, S. 5ff., online unter: http://www.mlwerke.de/me/me03/me03_005.htm

abgrenzt.

Friedrich Engels äußert sich in seinem Werk „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ scharf ablehnend gegen die Metaphysik und gegen reaktionäre Ideologien. So kritisiert er beispielsweise die Utopisten unter den Sozialisten scharf:

„Die Anschauungsweise der Utopisten hat die sozialistischen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts lange beherrscht und beherrscht sie zum Teil noch. Ihr huldigten noch bis vor ganz kurzer Zeit alle französischen und englischen Sozialisten, ihr gehört auch der frühere deutsche Kommunismus mit Einschluß Weitlings an. Der Sozialismus ist ihnen allen der Ausdruck der absoluten Wahrheit, Vernunft und Gerechtigkeit und braucht nur entdeckt zu werden, um durch eigne Kraft die Welt zu erobern; da die absolute Wahrheit unabhängig ist von Zeit, Raum und menschlicher geschichtlicher Entwicklung, so ist es bloßer Zufall, wann und wo sie entdeckt wird. Dabei ist dann die absolute Wahrheit, Vernunft und Gerechtigkeit wieder bei jedem Schulstifter verschieden; und da bei jedem die besondere Art der absoluten Wahrheit, Vernunft und Gerechtigkeit wieder bedingt ist durch seinen subjektiven Verstand, seine Lebensbedingungen, sein Maß von Kenntnissen und Denkschulung, so ist in diesem Konflikt absoluter Wahrheiten keine andre Lösung möglich, als daß sie sich aneinander abschleifen. Dabei konnte dann nichts andres herauskommen als eine Art von eklektischem Durchschnitts-Sozialismus, wie er in der Tat bis heute in den Köpfen der meisten sozialistischen Arbeiter in Frankreich und England herrscht, eine äußerst mannigfaltige Schattierungen zulassende Mischung aus den weniger Anstoß erregenden kritischen Auslassungen, ökonomischen Lehrsätzen und gesellschaftlichen Zukunftsvorstellungen der verschiedenen Sektenstifter; eine Mischung, die sich um so leichter bewerkstelligt, je mehr den einzelnen Bestandteilen im Strom der Debatte die scharfen Ecken der Bestimmtheit abgeschliffen sind wie runden Kieseln im Bach. Um aus dem Sozialismus eine Wissenschaft zu machen, mußte er erst auf einen realen Boden gestellt werden.“⁷⁶

Hiermit wird doch klargestellt, dass eine utopistische Vorstellung von einer wahren und gerechten Ordnung weder ausreichend noch zielführend ist. Der Grund dafür ist, dass man sich durch die metaphysische Bestimmung des Wahren, des Guten selbst der Möglichkeiten beraubt, die Gesellschaft zum Positiven zu verändern.

„Für den Metaphysiker sind die Dinge und ihre Gedankenabbilder, die Begriffe, vereinzelt, eins nach dem andern und ohne das andre zu betrachtende, feste, starre, ein für allemal gegebne Gegenstände der Untersuchung. Er denkt in lauter unvermittelten Gegensätzen; seine Rede ist ja, ja, nein, nein, was darüber ist, das ist vom Übel. Für ihn existiert ein Ding entweder, oder es existiert nicht: Ein Ding kann ebensowenig zugleich es selbst und ein andres sein. Positiv und negativ schließen einander absolut aus; Ursache und Wirkung stehn ebenso in starrem Gegensatz zueinander. Diese Denkweise erscheint uns auf den ersten Blick deswegen äußerst einleuchtend, weil sie diejenige des sogenannten gesunden Menschenverstands ist. Allein der gesunde Menschenverstand, ein so respektabler Geselle er auch in dem hausbacknen Gebiet seiner vier Wände ist, erlebt ganz wunderbare Abenteuer, sobald er sich in die weite Welt der Forschung wagt; und die metaphysische Anschauungsweise, auf so weiten, je nach der Natur des Gegenstands ausgedehnten Gebieten sie auch berechtigt und sogar notwendig ist, stößt doch jedesmal früher oder später auf eine Schranke, jenseits welcher sie einseitig, borniert, abstrakt wird und sich in unlösliche Widersprüche verirrt, weil sie über den einzelnen Dingen deren Zusammenhang, über ihrem Sein ihr Werden und Vergehen, über ihrer Ruhe ihre Bewegung vergißt, weil sie vor lauter

76 Engels, Friedrich: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 19, 4. Auflage 1973, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962, Berlin/DDR., S. 200f., online unter: http://www.mlwerke.de/me/me19/me19_189.htm

Bäumen den Wald nicht sieht. ⁷⁷

Die normativen und metaphysisch begründeten Vorstellungen von einer gerechten und guten Weltordnung scheinen also auf den ersten Blick richtig und einleuchtend. Man verirrt sich aber bereits dadurch in Widersprüche, wenn man sie nur als Ziel darstellt und darzustellen vermag, denn durch eine normative Wertevorstellung allein wird sich die Realität nicht von selbst dieser Vorstellung anpassen, sondern sie muss revolutionär gestaltet werden. Dazu benötigt es eben eine Analyse der Machtverhältnisse und der globalen Zusammenhänge und eine realistische Einschätzung der Handlungsspielräume und Handlungsoptionen.

„Eine exakte Darstellung des Weltganzen, seiner Entwicklung und der der Menschheit sowie des Spiegelbildes dieser Entwicklung in den Köpfen der Menschen, kann also nur auf dialektischem Wege, mit steter Beachtung der allgemeinen Wechselwirkungen des Werdens und Vergehens, der fort- oder rückschreitenden Änderungen zustande kommen.“ ⁷⁸

Nur durch die dialektische Methode, das heißt durch rational-logisches argumentieren, kann man demnach zu neuer Erkenntnis gelangen und ist in der Lage, Einfluss zu nehmen auf die Geschehnisse der Welt, so wie sie sich derzeit real darstellt. Die bestehenden Verhältnisse sind gekennzeichnet durch den Klassenkonflikt in Politik und Ökonomie. Politik und Ökonomie folgen der Grundlage einer normativen Ideologie, der Ideologie des Liberalismus bzw. des Neoliberalismus.

„Die bestehende Gesellschaftsordnung - das ist nun so ziemlich allgemein zugegeben - ist geschaffen worden von der jetzt herrschenden Klasse, der Bourgeoisie. Die der Bourgeoisie eigentümliche Produktionsweise, seit Marx mit dem Namen kapitalistische Produktionsweise bezeichnet, war unverträglich mit den lokalen und ständischen Privilegien wie mit den gegenseitigen persönlichen Banden der feudalen Ordnung; die Bourgeoisie zerschlug die feudale Ordnung und stellte auf ihren Trümmern die bürgerliche Gesellschaftsverfassung her, das Reich der freien Konkurrenz, der Freizügigkeit, der Gleichberechtigung der Warenbesitzer und wie die bürgerlichen Herrlichkeiten alle heißen.“ ⁷⁹

Der herrschende Neoliberalismus ist also das Problem. Ein Problem, aus dem sich wiederum andere Probleme und Phänomene wie etwa politische Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen erklären lassen. Das Ziel muss daher sein, gewalttätige Strukturen in Politik und Ökonomie, Strukturen die die Freiheit des Einzelnen unterdrücken, zu beseitigen. Durch die weltweite proletarische Revolution können die Widersprüche der bestehenden Gesellschaft aufgelöst werden.

„Das Proletariat ergreift die öffentliche Gewalt und verwandelt kraft dieser Gewalt, die den Händen der Bourgeoisie entgleitenden gesellschaftlichen Produktionsmittel in öffentliches Eigentum. Durch diesen Akt befreit es die Produktionsmittel von ihrer bisherigen Kapitaleigenschaft und gibt ihrem gesellschaftlichen Charakter volle Freiheit, sich durchzusetzen. Eine gesellschaftliche Produktion nach vorherbestimmtem Plan wird nunmehr möglich. Die

77 Engels, Friedrich: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 19, 4. Auflage 1973, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962, Berlin/DDR., S. 203f., online unter: http://www.mlwerke.de/me/me19/me19_202.htm

78 Engels, Friedrich: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 19, 4. Auflage 1973, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962, Berlin/DDR., S. 205, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me19/me19_202.htm

79 Engels, Friedrich: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 19, 4. Auflage 1973, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962, Berlin/DDR., S. 210f., online unter: http://www.mlwerke.de/me/me19/me19_202.htm

Entwicklung der Produktion macht die fernere Existenz verschiedener Gesellschaftsklassen zu einem Anachronismus. In dem Maß, wie die Anarchie der gesellschaftlichen Produktion schwindet, schläft auch die politische Autorität des Staats ein. Die Menschen, endlich Herren ihrer eignen Art der Vergesellschaftung, werden damit zugleich Herren der Natur, Herren ihrer selbst - frei.

Diese weltbefreiende Tat durchzuführen ist der geschichtliche Beruf des modernen Proletariats. Ihre geschichtlichen Bedingungen, und damit ihre Natur selbst, zu ergründen und so der zur Aktion berufenen, heute unterdrückten Klasse die Bedingungen und die Natur ihrer eignen Aktion zum Bewußtsein zu bringen ist die Aufgabe des theoretischen Ausdrucks der proletarischen Bewegung, des wissenschaftlichen Sozialismus. ⁸⁰

Hier also steht der Aufruf, dass die proletarische Revolution nicht der Ideologie, nicht der Metaphysik und ihren Gedankenschlössern folgen soll, sondern den Erkenntnissen des Wissenschaftlichen Sozialismus. Die proletarische Revolution soll Handeln im Sinne gesicherter Erkenntnis auf der Basis einer Problemanalyse mit Folgenabschätzung unter Anwendung der Methode des dialektischen Materialismus. Ziel ist eben beispielsweise nicht etwa lediglich eine Verstaatlichung von Banken auf der Grundlage einer normativen Theorie, sondern die Vergesellschaftung des Kapitals an sich.

Insofern sind die Ursachen für die falschen außenpolitischen Vorstellungen in der Linkspartei vielschichtig. Zunächst einmal gibt es alte Pfadabhängigkeiten zu PolitikerInnen der untergegangenen Sowjetunion. Dann gibt es die Anwendung einer falschen Methode, die nicht wissenschaftlich ist. Daneben gibt es zu viele Mitglieder, die einen normativ-ontologischen oder metaphysischen Horizont nicht verlassen können und wollen. Es gibt zu wenig wissenschaftliche Untersuchungen, die auch zielführend eine Problemanalyse in der Außenpolitik beinhalten. Es gibt alte Rätestrukturen, durch die Dogmen gepredigt werden. Es gibt zwar humanistisch anmutende Idealisten, die eine vordergründig aufgeklärte Theorie verfolgen, die letztlich jedoch bei genauerer Betrachtung falsifizierbar ist und nicht humanitär. Insofern gibt es deutlich Nachholbedarf bei der Linkspartei.

Eine marxistische Begründung für eine humanitäre Außenpolitik

Wie begründe ich nun philosophisch meine nicht grundsätzliche, aber dennoch mögliche Zustimmung zu humanitären Friedensmissionen im Rahmen der Vereinten Nationen. Ich tue dies ausdrücklich unter Anwendung der dialektischen Methode nach Karl Marx und Friedrich Engels. Ich halte nur diese Methode für wissenschaftlich, weil wie oben dargestellt, das Forschungsergebnis dadurch eben nicht die unscharfen metaphysischen Schwachpunkte enthält.

Ich analysiere zum Einen erst einmal die Lage in den Problemgebieten, analysiere die politischen Machtverhältnisse und die realen Handlungsoptionen und prüfe die möglichen Konsequenzen für meine eigene Sicherheit und die Interessen des Internationalen Proletariats. Danach komme ich zu einer Einzelfallentscheidung.

Nehme ich hier beispielsweise den Syrien-Konflikt. Hier gibt es bereits einen lange währenden Bürgerkrieg, der durch das Assad-Regime gegen die eigene Bevölkerung geführt wird. Ich habe

80 Engels, Friedrich: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 19, 4. Auflage 1973, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962, Berlin/DDR., S. 228, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me19/me19_210.htm

dazu bereits veröffentlicht.⁸¹ Eine detailliertere Analyse könnte man zu diesem Konflikt, aber auch zu anderen Konflikten unter Anwendung der dialektisch-materialistischen Methode wunderbar leisten. Dazu helfen Quellen von Journalisten durchaus weiter.

Ich folgere daraus und aus der Analyse der politischen Systeme in den Ländern des islamischen Blocks: Es gibt in allen islamistischen Regimen, genauso wie in den Ländern mit autoritären politischen Strukturen und Einparteiensystemen eine totalitäre Herrschaft. Es gibt Kommandowirtschaft, es gibt Monarchien mit einer feudal-aristokratischen Ordnung, es gibt extralegale Armeen, es gibt Bestrebungen unter Missachtung der Internationalen Kontrolle eine nukleare Bewaffnung herzustellen und es gibt Terrororganisation, die von islamistischen Regimen unterstützt werden.

Das alles ist Gewalt gegen die Interessen des Proletariats, die der globalen kapitalistischen Weltordnung genauso entspringt, wie den zahlreichen (religiösen) Ideologien auf der Welt. Auf die Frage „Was ist das Proletariat?“ antwortete Friedrich Engels:

„Das Proletariat ist diejenige Klasse der Gesellschaft, welche ihren Lebensunterhalt einzig und allein aus dem Verkauf ihrer Arbeit und nicht aus dem Profit irgendeines Kapitals zieht; deren Wohl und Wehe, deren Leben und Tod, deren ganze Existenz von der Nachfrage nach Arbeit, also von dem Wechsel der guten und schlechten Geschäftszeiten, von den Schwankungen einer zügellosen Konkurrenz abhängt. Das Proletariat oder die Klasse der Proletarier ist, mit einem Worte, die arbeitende Klasse des neunzehnten Jahrhunderts.“⁸²

Diese gesellschaftliche Klasse besteht, wenn auch unter anderen Bedingungen als im 19. Jahrhundert, auch noch in der heutigen Zeit. Nun wissen wir, wie ich oben bereits angedeutet hatte, dass es auf dieser Welt nicht nur eine entwickelte kapitalistische Gesellschaft, sondern auch immer noch Sklaverei und Leibeigenschaft gibt. Den Unterschied zwischen dem Proletarier und dem Sklaven erklärt Friedrich Engels wie folgt:

„Der Sklave ist ein für allemal verkauft; der Proletarier muß sich täglich und stündlich selbst verkaufen. Der einzelne Sklave, Eigentum eines Herrn, hat schon durch das Interesse dieses Herrn eine gesicherte Existenz, so elend sie sein mag; der einzelne Proletarier, Eigentum sozusagen der ganzen Bourgeoisie, dem seine Arbeit nur dann abgekauft wird, wenn jemand ihrer bedarf, hat keine gesicherte Existenz. Diese Existenz ist nur der ganzen Proletarierklasse gesichert. Der Sklave steht außerhalb der Konkurrenz, der Proletarier steht in ihr und fühlt alle ihre Schwankungen. Der Sklave gilt für eine Sache, nicht für ein Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft; der Proletarier ist als Person, als Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft anerkannt.“

Der Sklave kann also eine bessere Existenz haben als der Proletarier, aber der Proletarier gehört einer höheren Entwicklungsstufe der Gesellschaft an und steht selbst auf einer höheren Stufe als der Sklave. Der Sklave befreit sich, indem er von allen Privateigentumsverhältnissen nur das Verhältnis der Sklaverei aufhebt und dadurch erst selbst Proletarier wird; der Proletarier kann sich nur dadurch befreien, daß er das Privateigentum überhaupt aufhebt.“⁸³

81 Siehe hierzu: Frank, Michael: Krieg gegen Syrien?, in: michael-frank.eu vom 31. August 2013, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Artikel/2013-08-31-Krieg-gegen-Syrien.pdf> und Frank, Michael: Die deutsche Bundesregierung unter Angela Merkel ist in der Syrien-Krise unsouverän, in: michael-frank.eu vom 11. September 2013, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Essays/2013-09-11-Syrien-Merkel.pdf>

82 Engels, Friedrich: Grundsätze des Kommunismus, in: Marx-Engels Werke, Band 4, Seite 361-380; Dietz Verlag Berlin, 1974, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_361.htm

83 Engels, Friedrich: Grundsätze des Kommunismus, in: Marx-Engels Werke, Band 4, Seite 361-380; Dietz Verlag Berlin, 1974, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_361.htm

Es kann an dieser Stelle keine genauere Untersuchung darüber erfolgen, wie der Proletarier und der Sklave von heute lebt. Es geht hier lediglich um die technische Erklärung des Unterschieds, um die gesellschaftlichen Strukturen zu verdeutlichen. Auch der Unterschied zwischen dem Leibeigenen und dem Proletarier wird durch Friedrich Engels beschrieben:

„Der Leibeigene hat den Besitz und die Benutzung eines Produktionsinstrumentes, eines Stückes Boden, gegen Abgabe eines Teils des Ertrages oder gegen Leistung von Arbeit. Der Proletarier arbeitet mit Produktionsinstrumenten eines anderen für Rechnung dieses anderen, gegen Empfang eines Teils des Ertrages. Der Leibeigene gibt ab, dem Proletarier wird abgegeben. Der Leibeigene hat eine gesicherte Existenz, der Proletarier hat sie nicht. Der Leibeigene steht außerhalb der Konkurrenz, der Proletarier steht in ihr. Der Leibeigene befreit sich, entweder indem er in die Städte entläuft und dort Handwerker wird, oder indem er statt Arbeit und Produkten Geld an seinen Gutsherrn gibt und freier Pächter wird, oder indem er seinen Feudalherrn verjagt und selbst Eigentümer wird, kurz, indem er auf die eine oder die andere Weise in die besitzende Klasse und in die Konkurrenz eintritt. Der Proletarier befreit sich, indem er die Konkurrenz, das Privateigentum und alle Klassenunterschiede aufhebt.“⁸⁴

Damit sind die verschiedenen Kasten und Klassen und ihre Produktionsverhältnisse dargestellt. Das sind also die gesellschaftlichen Realitäten, die man heute überwinden und verändern muss. Wir haben nun also konkretes Wissen über die Probleme in der Weltpolitik. Reaktionäre Regime unterdrücken mit Waffengewalt das eigene Volk. Das Internationale Proletariat wird politisch und ökonomisch unterdrückt und die Menschenrechte werden nicht gewährt. Um einen Veränderungsprozess einzuleiten, hatte Karl Marx etwa die Internationale Arbeiterassoziation mitgegründet, die Erste Internationale, eine Vorgängerorganisation der Sozialistischen Internationalen, die die SPD und andere Europäische „sozialdemokratische“ Parteien soeben verlassen haben. In den Allgemeinen Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation wird empirisch-analytisch dargestellt, worum es auch heute in der Internationalen Politik gehen müsste. Dabei gilt zunächst der Grundsatz,

„daß die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muß“⁸⁵

Nicht autoritäre Regime oder elitäre Demokratie erzeugen Emanzipation und Freiheit, sondern das Proletariat selbst. Dabei gilt zu beachten,

„daß der Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse kein Kampf für Klassenvorrechte und Monopole ist, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Vernichtung aller Klassenherrschaft“⁸⁶

Weil nicht der alte Materialismus der bürgerlichen Gesellschaft, sondern nur rational-logisches Handeln Freiheit und Gleichheit erzeugen kann. In Anbetracht dessen,

„daß die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, d.h. der Lebensquellen, der Knechtschaft in allen ihren Formen zugrunde liegt - dem gesellschaftlichen

84 Engels, Friedrich: Grundsätze des Kommunismus, in: Marx-Engels Werke, Band 4, Seite 361-380; Dietz Verlag Berlin, 1974, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_361.htm

85 Marx, Karl: Allgemeine Statuten und Verwaltungs-Verordnungen der Internationalen Arbeiterassoziation, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 17, 5. Auflage 1973, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962, Berlin/DDR. S. 440, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me17/me17_440.htm

86 Marx, Karl: Allgemeine Statuten und Verwaltungs-Verordnungen der Internationalen Arbeiterassoziation, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 17, 5. Auflage 1973, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962, Berlin/DDR. S. 440, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me17/me17_440.htm

*Elend, der geistigen Verkümmern und der politischen Abhängigkeit;*⁸⁷

müssen politische Strukturen verändert oder überwunden werden, die der Emanzipation der Arbeiterklasse entgegenstehen, weil

*„die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse daher der große Endzweck ist, dem jede politische Bewegung, als Mittel, unterzuordnen ist;*⁸⁸

Das bedeutet eine klare Absage an reaktionäre Bewegungen, die den alten Materialismus predigen, eine Absage an Religionen, an Nationalismus, an Marxismus-Leninismus und an den Neoliberalismus. Da bedauerlicherweise

*„alle auf dieses Ziel gerichteten Versuche bisher gescheitert sind aus Mangel an Einigung unter den mannigfachen Arbeitszweigen jedes Landes und an der Abwesenheit eines brüderlichen Bundes unter den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder;*⁸⁹

muss sich die Erkenntnis durchsetzen, dass die Arbeiterklasse international organisiert werden muss und rational-logisch und geschlossen handelt, um ihre Ziele zu verfolgen. Das heißt

*„daß die Emanzipation der Arbeiterklasse weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft besteht, und deren Lösung vom praktischen und theoretischen Zusammenwirken der fortgeschrittensten Länder abhängt;*⁹⁰

Und das wiederum bedeutet, dass insbesondere die reichen und starken Länder den schwächeren Ländern helfen müssten, zur Verwirklichung der Interessen des Internationalen Proletariats. Die proletarische Revolution muss auf dem Gedanken der internationalen Solidarität aufgebaut werden. Anders ist die Weltrevolution nicht machbar. Nationaler Egoismus und irrationales Handeln auf der Grundlage einer metaphysischen Ideologie, schaden dem Internationalen Proletariat.

Bei den Militärschlägen gegen Jugoslawien, gegen Afghanistan und gegen den Irak handelt es sich offenbar um ideologisch motivierte Kriege, die dem Ziel der Emanzipation der Arbeiterklasse entgegenstehen. Da die hohen Verluste unter der Zivilbevölkerung absehbar waren, lässt darauf schließen, dass hier nicht rational-logisch im Sinne der Menschenrechte gehandelt wurde. Es ist eine bezeichnender Parallele herzustellen zwischen dem 19. Jahrhundert und der heutigen Zeit. Nämlich dass gerade Europa hier eine Schlüsselrolle in den Internationalen Beziehungen zukommt. In Anbetracht dessen,

„daß die gegenwärtig sich erneuernde Bewegung der Arbeiterklasse in den industriellsten Ländern Europas, während sie neue Hoffnungen wachruft, zugleich feierliche Warnung erteilt gegen einen

87 Marx, Karl: Allgemeine Statuten und Verwaltungs-Verordnungen der Internationalen Arbeiterassoziation, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 17, 5. Auflage 1973, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962, Berlin/DDR. S. 440, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me17/me17_440.htm

88 Marx, Karl: Allgemeine Statuten und Verwaltungs-Verordnungen der Internationalen Arbeiterassoziation, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 17, 5. Auflage 1973, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962, Berlin/DDR. S. 440, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me17/me17_440.htm

89 Marx, Karl: Allgemeine Statuten und Verwaltungs-Verordnungen der Internationalen Arbeiterassoziation, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 17, 5. Auflage 1973, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962, Berlin/DDR. S. 440, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me17/me17_440.htm

90 Marx, Karl: Allgemeine Statuten und Verwaltungs-Verordnungen der Internationalen Arbeiterassoziation, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 17, 5. Auflage 1973, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962, Berlin/DDR. S. 440, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me17/me17_440.htm

*Rückfall in die alten Irrtümer und zur sofortigen Zusammenfassung der noch zusammenhangslosen Bewegungen drängt;*⁹¹

ist nämlich von den Inhalten ihrer Verträge her auch die Europäische Union gegründet worden, so wie die Internationale Arbeiterassoziation. Die Ideen von Karl Marx sind also aktueller denn je. Das Ziel der EU wie der IAA sind,

*„Daß alle Gesellschaften und Individuen, die sich ihr anschließen, Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit anerkennen als die Regel ihres Verhaltens zueinander und zu allen Menschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Glaube oder Nationalität.“*⁹²

Auf ein einiges Europa kommt es also an in der Weltpolitik und auf die marxistische Theorie ebenso, die eine logische Theorie ist. Das ist nötig, um die Probleme in der Welt zu lösen. Es braucht Regierungen in Europa, die den dialektischen Materialismus vertreten und nicht den „alten“ Materialismus der Ideologen aller Couleur. Diese politische und philosophische Theorie muss das freie Europa auch in den Vereinten Nationen implementieren gegen diejenigen, die den ontologischen Materialismus vertreten, den Karl Marx und Friedrich Engels widerlegt haben. Das Problem sind Marxisten-Leninisten in der Linkspartei, naive Idealisten bei den Grünen, reaktionäres christliches Gesindel bei SPD und CDU und nationalistische Sektierer. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, die zu verändern sind, sind der neoliberale status quo. Gegen die alle Teilbereiche der Gesellschaft umfassende Dominanz der neoliberalen Ideologie! Dazu kann man auch aus den Erfahrungen der Wendejahre 1989/1990 lernen. Für die Linkspartei heißt das ausdrücklich nicht, dass man sich dem falschen Materialismus von CDU und ihren US-republikanischen Gesinnungsgenossen oder dem von SPD und US-Demokraten anschließen soll! Man sollte schon die Erkenntnisse von dialektisch-materialistischer Forschung in den politischen Diskurs bringen. Dazu müsste man sich von falschen Positionen trennen und auch von Personen, die die Ideologie des Marxismus-Leninismus vertreten.

Man soll die marxistische Theorie in den Internationalen Beziehungen vertreten, um die Weltrevolution zu erreichen. Auf die Frage: „Welchen Entwicklungsgang wird diese Revolution nehmen?“, antwortete Friedrich Engels:

*„Sie wird vor allen Dingen eine demokratische Staatsverfassung und damit direkt oder indirekt die politische Herrschaft des Proletariats herstellen. Direkt in England, wo die Proletarier schon die Majorität des Volks ausmachen. Indirekt in Frankreich und Deutschland, wo die Majorität des Volkes nicht nur aus Proletariern, sondern auch aus kleinen Bauern und Bürgern besteht, welche eben erst im Übergang ins Proletariat begriffen sind und in allen ihren politischen Interessen mehr und mehr vom Proletariat abhängig werden und sich daher bald den Forderungen des Proletariats fügen müssen. Dies wird vielleicht einen zweiten Kampf kosten, der aber nur mit dem Siege des Proletariats endigen kann.“*⁹³

Wir wissen also, dass die Demokratie die Chance bietet, um eine soziale Revolution weltweit durchzusetzen. Die Revolution kann nicht in einem einzigen Lande durchgeführt werden. Dazu

91 Marx, Karl: Allgemeine Statuten und Verwaltungs-Verordnungen der Internationalen Arbeiterassoziation, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 17, 5. Auflage 1973, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962, Berlin/DDR. S. 440, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me17/me17_440.htm

92 Marx, Karl: Allgemeine Statuten und Verwaltungs-Verordnungen der Internationalen Arbeiterassoziation, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 17, 5. Auflage 1973, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962, Berlin/DDR. S. 441, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me17/me17_440.htm

93 Engels, Friedrich: Grundsätze des Kommunismus, in: Marx-Engels Werke, Band 4, Seite 361-380; Dietz Verlag Berlin, 1974, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_361.htm

sagte uns Friedrich Engels:

„Die große Industrie hat schon dadurch, daß sie den Weltmarkt geschaffen hat, alle Völker der Erde, und namentlich die zivilisierten, in eine solche Verbindung miteinander gebracht, daß jedes einzelne Volk davon abhängig ist, was bei einem andern geschieht. Sie hat ferner in allen zivilisierten Ländern die gesellschaftliche Entwicklung so weit gleichgemacht, daß in allen diesen Ländern Bourgeoisie und Proletariat die beiden entscheidenden Klassen der Gesellschaft, der Kampf zwischen beiden der Hauptkampf des Tages geworden. Die kommunistische Revolution wird daher keine bloß nationale, sie wird eine in allen zivilisierten Ländern, d.h. wenigstens in England, Amerika, Frankreich und Deutschland gleichzeitig vor sich gehende Revolution sein. Sie wird sich in jedem dieser Länder rascher oder langsamer entwickeln, je nachdem das eine oder das andre Land eine ausgebildete Industrie, einen größeren Reichtum, eine bedeutendere Masse von Produktivkräften besitzt. Sie wird daher in Deutschland am langsamsten und schwierigsten, in England am raschesten und leichtesten durchzuführen sein. Sie wird auf die übrigen Länder der Welt ebenfalls eine bedeutende Rückwirkung ausüben und ihre bisherige Entwicklungsweise gänzlich verändern und sehr beschleunigen. Sie ist eine universelle Revolution und wird daher auch ein universelles Terrain haben.“⁹⁴

Damit ist klar, dass die Befreiung der Arbeiterklasse nur international durchgeführt werden kann. Die Abschaffung des Privateigentums kann auch nicht mit einem Schlage umgesetzt werden, sondern erfordert einen evolutionären Prozess.

„Nein, ebensowenig wie sich mit einem Schlage die schon bestehenden Produktivkräfte so weit werden vervielfältigen lassen, als zur Herstellung der Gemeinschaft nötig ist. Die aller Wahrscheinlichkeit nach eintretende Revolution des Proletariats wird also nur allmählich die jetzige Gesellschaft umgestalten und erst dann das Privateigentum abschaffen können, wenn die dazu nötige Masse von Produktionsmitteln geschaffen ist.“⁹⁵

Es muss also auch die nötige Masse von Produktionsmitteln vorhanden sein, um das Privateigentum ganz abzuschaffen. Demnach muss schrittweise eine Vergemeinschaftung durchgeführt werden. Auch dies gilt es in der Internationalen Politik zu beachten. Eine wichtige Frage ist, ob diese proletarische Revolution auf friedlichem Wege möglich ist. Dazu sagt Friedrich Engels:

„Es wäre zu wünschen, daß dies geschehen könnte, und die Kommunisten wären gewiß die letzten, die sich dagegen auflehnen würden. Die Kommunisten wissen zu gut, daß alle Verschwörungen nicht nur nutzlos, sondern sogar schädlich sind. Sie wissen zu gut, daß Revolutionen nicht absichtlich und willkürlich gemacht werden, sondern daß sie überall und zu jeder Zeit die notwendige Folge von Umständen waren, welche von dem Willen und der Leitung einzelner Parteien und ganzer Klassen durchaus unabhängig sind.“

Sie sehen aber auch, daß die Entwicklung des Proletariats in fast allen zivilisierten Ländern gewaltsam unterdrückt und daß hierdurch von den Gegnern der Kommunisten auf eine Revolution mit aller Macht hingearbeitet wird. Wird hierdurch das unterdrückte Proletariat zuletzt in eine Revolution hineingejagt, so werden wir Kommunisten dann ebensogut mit der Tat wie jetzt mit dem Wort die Sache der Proletarier verteidigen.“⁹⁶

94 Engels, Friedrich: Grundsätze des Kommunismus, in: Marx-Engels Werke, Band 4, Seite 361-380; Dietz Verlag Berlin, 1974, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_361.htm

95 Engels, Friedrich: Grundsätze des Kommunismus, in: Marx-Engels Werke, Band 4, Seite 361-380; Dietz Verlag Berlin, 1974, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_361.htm

96 Engels, Friedrich: Grundsätze des Kommunismus, in: Marx-Engels Werke, Band 4, Seite 361-380; Dietz Verlag Berlin, 1974, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_361.htm

Es wird also der friedliche Weg angestrebt. Aber dennoch wird die Anwendung von Gewalt nicht ausgeschlossen. Das heißt einerseits, dass man sich auch gegen Konterrevolutionäre wehren darf und andererseits, dass auch internationale Gewalt dann legitim ist, wenn man dadurch Gewalt gegen die Interessen des Proletariats und gegen die Menschenrechte verhindern kann.

Von der Abschaffung des Privateigentums in Europa kann nicht die Rede sein. Aber der Grad an sozialer Wohlfahrt und der geregelte Arbeitsmarkt sind im Vergleich zu allen anderen Wirtschaftsregionen dieser Welt enorm hoch. Das bringt die Verpflichtung mit sich, Wohlstand und Demokratie zu exportieren und Frieden zu schaffen.

Wie sieht es in der Internationalen Politik aus? Mit ihren inhumanen militärischen Schlägen gegen Jugoslawien, Afghanistan und Irak und mit ihren offensichtlichen innerstaatlichen Defiziten haben die USA ihren Nimbus als Land der Freiheit verloren. Ein ständiger Sitz der Europäischen Union im UN-Sicherheitsrat würde helfen, die Internationale Politik im Sinne der bisher dargestellten Theorie positiv zu verändern.

Ich habe die inneren Verhältnisse von reaktionären Staaten oben bereits kurz dargestellt. Inhumanem und verbrecherischem Treiben von autoritären Regimen gegen die Interessen des Proletariats muss und darf man nicht tatenlos zusehen. Gewalt gegen das Internationale Proletariat muss die Hilfe und Unterstützung der Klassengenossen auf den Plan rufen. Man darf sich nicht erpressen lassen. Dazu sagt uns Karl Marx:

„Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie ad hominem |am Menschen| demonstriert, und sie demonstriert ad hominem, sobald sie radikal wird. Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst. Der evidente Beweis für den Radikalismus der deutschen Theorie, also für ihre praktische Energie, ist ihr Ausgang von der entschieden positiven Aufhebung der Religion. Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“⁹⁷

Der vollendete Humanismus ist das Ziel der Kommunistischen Weltrevolution. Sie will eine Weltgesellschaft der freien und gleichen Menschen. Europa als Friedensmacht vertritt bereits die Werte des Humanismus als ethische Theorie. Das ist der extreme Unterschied zwischen der EU, den USA und allen anderen Weltregionen. Das ist ein Merkmal, mit dem sich die Europäische Union abgrenzt zu den ethischen Wertevorstellungen des US-Imperialismus. Deshalb bestehen auch unterschiedliche Auffassungen von den Militärschlägen gegen Jugoslawien, Afghanistan und Irak und unterschiedliche Auffassungen über humanitäre Friedenseinsätze der UNO in Europa und den USA.

Die neoliberale Ideologie als Herzstück der Herrschaft des US-Imperialismus ist ebenso eine voluntaristische Heilsideologie, wie es der Marxismus-Leninismus, jede religiöse Ideologie und der Nationalismus sind. Die neoliberale Ideologie ist ein Vulgär-Kreationismus aus drei Bestandteilen: Demokratie, Kapitalismus und (christliche) religiöse Ethik. Sie entspringt der Theorie der bürgerlichen Gesellschaft, die Jeremy Bentham und andere Ideologen ins Leben gerufen haben.

97 Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: Karl Marx/ Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 1. Berlin/DDR. 1976. S. 385, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me01/me01_378.htm

Diese unterscheidet sich zwar fundamental von rein religiösen Regimen oder dem System der Leibeigenschaft, aber sie ist eine autoritäre ethische Theorie, eine bestenfalls metaphysische Theorie, die Karl Marx und Friedrich Engels widerlegt haben.

Die neoliberale Ideologie tendiert zu überzogenen militärischen Maßnahmen, weil ihr religiöser Bestandteil Angst erzeugt.

„Die Religion stützt sich vor allem und hauptsächlich auf die Angst. Teils ist es die Angst vor dem Unbekannten und teils, wie ich schon sagte, der Wunsch zu fühlen, dass man eine Art großen Bruder hat, der einem in allen Schwierigkeiten und Kämpfen beisteht. Angst ist die Grundlage des Ganzen - Angst vor dem Geheimnisvollen, Angst vor Niederlagen, Angst vor dem Tod. Die Angst ist die Mutter der Grausamkeit, und es ist deshalb kein Wunder, dass Grausamkeit und Religion Hand in Hand gehen, weil beide aus der Angst entspringen. Wir beginnen nun langsam, die Welt zu verstehen und sie zu meistern, mit Hilfe einer Wissenschaft, die sich gewaltsam Schritt für Schritt ihren Weg gegen die christliche Religion, gegen die Kirchen und im Widerspruch zu den überlieferten Geboten erkämpft hat. Die Wissenschaft kann uns helfen, die feige Furcht zu überwinden, in der die Menschheit seit so vielen Generationen lebt. Die Wissenschaft, und ich glaube auch unser eigenes Herz, kann uns lehren, nicht mehr nach einer eingebildeten Hilfe zu suchen und Verbündete im Himmel zu ersinnen, sondern vielmehr hier unten unsere eigenen Anstrengungen darauf zu richten, die Welt zu einem Ort zu machen, der es wert ist, darin zu leben, und nicht zu dem, was die Kirchen in all den Jahrhunderten daraus gemacht haben.“⁹⁸

Die Dominanz der Religion und der Kapitalismus also sind, wie ich belegt habe, die gesellschaftlichen Verhältnisse, die den Menschen in Unfreiheit und in Unmündigkeit halten. Deshalb ist die neoliberale Ideologie zum Scheitern verdammt. Die Europäische Philosophie in der Außenpolitik ist Friedenspolitik dann, wenn sie rational-logischem Denken vollständig folgen kann. Die Gedanken von Karl Marx sollten sich weltweit durchsetzen. Dafür muss man politisch agieren.

Ein weiterer Bestandteil des neoliberalen Kreationismus ist die bürgerliche Demokratie. Sie ist aber unter dem Verhältnis der Dominanz religiöser Ideologien nicht ausreichend ein Mittel zur Durchsetzung der proletarischen Revolution.

„Die Demokratie würde dem Proletariat ganz nutzlos sein, wenn sie nicht sofort als Mittel zur Durchsetzung weiterer, direkt das Privateigentum angreifender und die Existenz des Proletariats sicherstellender Maßregeln benutzt würde.“⁹⁹

Wir sehen also, dass die neoliberale Hegemonie dem US-Imperialismus auf Raten den Untergang beschert. Die Kriege in Jugoslawien, Afghanistan und im Irak kann man wahrlich weder mit humanistischer Ethik noch mit rational-logischem Handeln in Einklang bringen.

Was heißt dies nun jedoch alles für die Außenpolitik der Linkspartei? Damit komme ich zurück zur Ausgangsfrage. Nun. Diese durch Logik gewonnenen Erkenntnisse bedeuten, dass auch die Linkspartei dem unterdrückten Proletariat zu Hilfe eilen müsste und dort wo es machbar ist, auch mit militärischen Mitteln den Frieden erzwingen oder zu erhalten bzw. unterdrückerische Mechanismen und Massenmord zu unterbinden bereit sein muss. Das ist ein Teil der Erkenntnis. Stützt eine Diktatur ihre Macht auf Waffengewalt ohne Rücksicht auf Menschenrechte und

98 Russell, Bertrand, Warum ich kein Christ bin, Vortrag am 6. März 1927 für die National Secular Society, South London Branch in der Battersea Town Hall, online unter: http://www.bfg-bayern.de/ethik/Personen/Russell_Bertrand.htm

99 Engels, Friedrich: Grundsätze des Kommunismus, in: Marx-Engels Werke, Band 4, Seite 361-380; Dietz Verlag Berlin, 1974, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_361.htm

Menschenleben, so muss abgewogen werden ob ein Einsatz militärischer Mittel zielführend sein kann, um friedliche Verhältnisse herzustellen. Dazu gehört zuallererst die Einsicht, dass man der Gewalt gegen das Proletariat, die (auch militärische) Gewalt der UN entgegenstellen darf, um Menschenleben zu retten. Das Ziel darf jedoch weder ein egoistisches geostrategisches Interesse (Jugoslawien-Krieg), ein Rachezug verbunden mit imperialer Tendenz (Afghanistan-Krieg) oder eine bewusste Täuschung über eine mögliche Bedrohungslage zur Erbeutung von Rohstoffquellen (Irak-Krieg) sein. Um eine politische Wende in den Internationalen Beziehungen zu etablieren, müssen die Länder der Europäischen Union gemeinsam und einig agieren und rational-logische Entscheidungen auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse fällen.

Die gegenwärtige Außenpolitik der Linkspartei ist die Folge der Sekten-Ideologie, die Marxisten-Leninisten in der Partei vertreten. Sie wollen die menschenverachtende Außenpolitik-Doktrin des alten Sowjetblocks zur Leitlinie linker Politik erheben. Das kann nicht hingenommen werden.

Man muss im Einzelfall überprüfen, ob der Einsatz von Militär eine Verbesserung der Lebenslage von bedrohten und unterdrückten Menschen herbeiführen kann. Die Linkspartei muss sich dem Gedanken des Internationalismus hier mehr verpflichtet fühlen, sie muss die Internationale Arbeiterklasse vertreten und den Unterjochten, den Gepeinigten und den Unterdrückten zu Hilfe eilen. Das wäre in Darfur, Ruanda, Sudan und in vielen anderen Konfliktregionen nötig gewesen.

Damit hilft man den proletarischen Freunden überall in der Welt, damit sie sich befreien können von autoritären politischen und gesellschaftlichen Strukturen und von der Klassenherrschaft im Allgemeinen. Das muss zur Leitlinie europäischer Politik in Abgrenzung zu den imperialen Raubzügen des US-Imperialismus und zum Isolationismus Russlands und Chinas werden.

Konklusion

Ich komme zu meinem Fazit. Die Frage ist: Was ist jetzt die Konsequenz aus alledem für die Linkspartei? Im Moment provoziert die Linkspartei mit Radikal-Pazifismus und steht für eine andere nationale Sozialpolitik. In Fragen der Außenpolitik ist sie wie gleichgeschaltet auf die national-bolschewistische Leitlinie, die Oskar Lafontaine, Sahra Wagenknecht, Diether Dehm, Inge Höger, Elmar Altvater, Norman Paech und viele Andere hier etablieren wollen. Ich habe dargelegt, warum diese Politik falsch ist und wo die philosophischen und theoretischen Ursachen für diese falschen Positionen zu suchen und zu finden sind. Ich habe unter Zuhilfenahme marxistischer Philosophie belegt, dass eine andere Politik zumindest in Hinsicht der humanitären Friedenseinsätze im Rahmen der Vereinten Nationen absolut notwendig ist. Die Ablehnung der humanitären Friedensmissionen der UN ist wirklich das Erbärmlichste, was die Linkspartei sich in den letzten Jahren immer noch geleistet hat. Die Linkspartei provoziert mit chauvinistischen Sprüchen in der Außenpolitik und der Europapolitik und verrät damit den Internationalismus.

Da erinnere ich an eine Aussage von Herbert Wehner:

„Ich sage nur denen, die sich so ganz aufs Provozieren verlegen: Es gibt die Erfahrung, dass Provokationen in der Regel, unter bestimmten Umständen, schließlich die reaktionärsten Kräfte die es überhaupt gibt hervorlocken und zum Handeln bringen.“¹⁰⁰

100 Youtube-Video: Herbert Wehner in Moskau 1937 - Teil 1/5, Minute 0:12, online unter:
<http://www.youtube.com/watch?v=5bz-EucdnIc>

Die unüberlegten und unsachlichen Provokationen der Linkspartei müssen aufhören! Sie sind nicht immer auf Sachkenntnis zurückzuführen, sondern in den meisten Fällen auf Böswilligkeit gegenüber dem politischen Konkurrenten. DIE LINKE. sollte zunächst einmal so fair sein, SPD, Grünen und auch der CDU/CSU zugestehen, dass als Regierungspartei in der Realpolitik in vielen außenpolitischen Fragen keine anderen Machtoptionen bestehen und bestanden haben, weil man sich eben die realen Gegebenheiten nicht aussuchen kann, in denen man eine rational-logische Entscheidung treffen darf. Das gilt insbesondere für die Bundeswehreinätze in Afghanistan und in Jugoslawien. Das zugestehen wäre ein guter Anfang und stände der Linkspartei als Entschuldigung für die Ablehnung der humanitären Friedensmissionen der Vereinten Nationen gut zu Gesicht.

Den Hilfsmissionen der UNO zuzustimmen, das wäre eine Bringschuld der Linkspartei, um auf Bundesebene an die Regierungsverantwortung zu kommen. Hier müssen verantwortliche PolitikerInnen der Linkspartei über ihren Schatten springen. Angesichts der Geschichte der Linkspartei, die als KPD, SED und PDS auch nicht immer eine rühmliche Geschichte hatte, ist dies meines Erachtens auch nicht zu viel verlangt.

Der Weg zur Macht in Deutschland führt eben nicht über die dunklen Kanäle der Linkspartei zur SPD-Linken. Weil viele Linkspartei-Mitglieder das immer noch glauben, ist die Partei auch nicht koalitionsfähig, denn dank der SPD-Linken ist auch die SPD im Grunde nicht regierungsfähig.

Die Linkspartei folgt innerparteilich und gegenüber dem politischen Konkurrenten klar einem Freund-Feind-Schema. Das ist ein Merkmal von autoritärer Herrschaft. Das ist der gleiche biologistische Determinismus, den zum Teil auch die US-Amerikaner vertreten. Er entspringt der (religiösen) Ideologie auf der Basis des alten Materialismus. Das ist nicht wissenschaftlicher Sozialismus und die Politik der Linkspartei ist daher den Interessen des Humanismus und damit der Theorie von Karl Marx und Friedrich Engels diametral entgegengestellt. Die Linkspartei verrät das Internationale Proletariat

Man muss es ganz klar und deutlich sagen: Die humanitären Friedensmissionen stehen realpolitisch und wissenschaftlich gesehen nicht zur Debatte. Die unterschiedlichen Auffassungen über die Kriegsführung der USA in Jugoslawien, Afghanistan und Irak konnten doch thematisiert werden. Eine Partei in Regierungsverantwortung muss aber so pragmatisch sein, die realen Machtverhältnisse und Handlungsoptionen nicht aus Ideologie ignorieren zu wollen, damit eine rational-logische Entscheidung in Kooperation mit anderen politischen Akteuren im Parlament möglich wird. Warum sollte man denn Gesinnungsethiker bleiben, nur weil es die VertreterInnen der USA, Russlands und Chinas ebenso sind? Dafür gibt es keine wissenschaftliche Begründung. Insofern besteht bei der Linkspartei und ihrer Parteistiftung enormer Nachholbedarf was politische Theorie, Anwendung wissenschaftlicher Methoden und die Bereitschaft zur Umsetzung der Menschenwürde angeht.

Quellenverzeichnis

Bahr, Egon: Deutsche Sicherheitsinteressen im 21. Jahrhundert, in: Beck, Kurt (Hrsg)/Heil, Hubertus (Hrsg.): Sozialdemokratische Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, Nomos Verlag, Baden-Baden 2007

Beck, Kurt: Sozialdemokratische Außenpolitik im 21. Jahrhundert – Eine Einführung, in: Beck, Kurt (Hrsg)/Heil, Hubertus (Hrsg.): Sozialdemokratische Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, Nomos Verlag, Baden-Baden 2007

Charta der Vereinten Nationen, online unter: <http://www.unric.org/de/charta>

Deutschlands Zukunft gestalten, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode, online unter: <http://www.tagesschau.de/inland/koalitionsvertrag136.pdf>

<http://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand-2012-2014/mitglieder/wildeflorian/>

<http://www.drk.de/ueber-uns/auftrag/humanitaeres-voelkerrecht/genfer-abkommen.html>

Engels, Friedrich: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 19, 4. Auflage 1973, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962, Berlin/DDR., online unter: http://www.mlwerke.de/me/me19/me19_189.htm, http://www.mlwerke.de/me/me19/me19_202.htm, http://www.mlwerke.de/me/me19/me19_210.htm

Engels, Friedrich: Grundsätze des Kommunismus, in: Marx-Engels Werke, Band 4, Seite 361-380; Dietz Verlag Berlin, 1974, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_361.htm

Frank, Michael: Die Außen- und Europapolitik der Linkspartei auf dem Prüfstand, in: michael-frank.eu, Berlin 2013, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Buecher/Linke-Aussen-Europa.pdf>

Frank, Michael: Die deutsche Bundesregierung unter Angela Merkel ist in der Syrien-Krise unsouverän, in: michael-frank.eu vom 11. September 2013, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Essays/2013-09-11-Syrien-Merkel.pdf>

Frank, Michael: Die reaktionäre Ideologie der linken Außenpolitik ist die Ideologie des Sowjetblocks, in: michael-frank.eu vom 13. Juni 2013, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Fachartikel/2013-06-13-Die-reaktionaere-Ideologie-der-linken-Aussenpolitik.pdf>

Frank, Michael: Krieg gegen Syrien?, in: michael-frank.eu vom 31. August 2013, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Artikel/2013-08-31-Krieg-gegen-Syrien.pdf>

Frank, Michael: Rot-Grüne Kriegspolitik? Eine Absage an die „linke“ Heuchelei und an radikal-pazifistische Dogmatik, in: michael-frank.eu vom 06. Dezember 2013, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Fachartikel/2013-12-06-Rot-gruene-Kriegspolitik.pdf>

Gegen den Einsatz von Kindersoldaten, in: kindernothilfe.de, online unter: <http://www.kindernothilfe.de/Rubriken/Themen/Kindersoldaten.html>

Germann, Dorsi: Simon Musoni ist zwölf Jahre alt und ehemaliger Kindersoldat, in: caritas-international.de, online unter: <http://www.caritas-international.de/hilfeweltweit/afrika/kongo/kindersoldaten-bildung>

Glaubenskrieg: Rau attackiert Bush, in: spiegel.de vom 31. März 2003, online unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/glaubenskrieg-rau-attackiert-bush-a-242880.html>

Guantanamo – 40 Jahre Haft für "Kindersoldat", in: sueddeutsche.de vom 30. September 2012, online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/guantanamo-jahre-haft-fuer-kindersoldat-1.1018171>

Gysi, Gregor: Wir wollen Europa gestalten, und zwar gemeinsam, Rede von Gregor Gysi, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, auf dem Hamburger Parteitag, in: die-linke.de vom 15. Februar 2014, online unter: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/europaparteitag-2014/reden/gregor-gysi/>

Haselberger, Stephan: Altkanzler Gerhard Schröder exklusiv in BILD: „Die USA haben keinen Respekt vor der Souveränität unseres Landes“, in: bild.de vom 06. Februar 2014, online unter: <http://www.bild.de/politik/inland/gerhard-schroeder/interview-zur-nsa-abhoeraffaere-34553370.bild.html>

Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, in: Immanuel Kant: Werke in zwölf Bänden. Band 11, Frankfurt am Main 1977, online unter: <http://www.zeno.org/Philosophie/M/Kant,+Immanuel/Zum+ewigen+Frieden.+Ein+philosophischer+Entwurf>

Kipping, Katja: Wer Europa will, der muss es den Reichen nehmen, Rede von Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, zur Eröffnung des Hamburger Parteitages, in: die-linke.de vom 15. Februar 2014, online unter: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/europaparteitag-2014/reden/katja-kipping/>

Kriegsgefangene – USA missachten Genfer Konventionen, in: sueddeutsche.de vom 17. Mai 2010, online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/kriegsgefangene-usa-missachten-genfer-konventionen-1.641743>

Lafontaine, Oskar: Wir haben noch große und schwere Aufgaben vor uns, Rede von Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, 1. Parteitag der Linkspartei, 2008, in: die-linke.de, online unter: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/1-parteitag-2008/reden/oskar-lafontaine/>

Marx, Karl: Allgemeine Statuten und Verwaltungs-Verordnungen der Internationalen Arbeiterassoziation, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 17, 5. Auflage 1973, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962, Berlin/DDR, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me17/me17_440.htm

Marx, Karl/Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten, in: Karl Marx - Friedrich Engels - Werke, Band 3, online unter: http://mlwerke.de/me/me03/me03_017.htm

Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 4, 6. Auflage 1972, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1959, Berlin/DDR, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm

Marx, Karl: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, in: K. Marx u. F. Engels, Werke, Ergänzungsband, 1. Teil, S.465-588, Dietz Verlag, Berlin (DDR), 1968, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me40/me40_533.htm

Marx, Karl: Thesen über Feuerbach, in: Marx-Engels Werke, Band 3, Dietz Verlag Berlin, 1969, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me03/me03_005.htm

Marx, Karl/Engels, Friedrich: Züchtigung der Soldaten, "Neue Oder-Zeitung" Nr. 405 vom 31. August 1855, in: Karl Marx - Friedrich Engels - Werke, Band 11, Dietz Verlag, Berlin/DDR 1961, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me11/me11_509.htm

Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: Karl Marx/ Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 1. Berlin/DDR. 1976, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me01/me01_378.htm

Marx, Karl: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 13, 7. Auflage 1971, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1961, Berlin/DDR, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me13/me13_007.htm

Mauretanien: "Leibeigenschaft" noch immer weit verbreitet, in: missio.at vom 20. Januar 2014, online unter: http://www.missio.at/news/aktuelles/detail/article/mauretanien-leibeigenschaft-noch-immer-weit-verbreitet.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=226&cHash=c2f5820a2c9b240770a7f8f1834419f9

Mützenich, Rolf: Sicherheitspolitische Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Beck, Kurt (Hrsg)/Heil, Hubertus (Hrsg.): Sozialdemokratische Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, Nomos Verlag, Baden-Baden 2007

Obermaier, Frederik/Schenck, Niklas: Leibeigenschaft in Mauretanien: "Als früherer Sklave bist du nichts", in: sueddeutsche.de vom 06. Juni 2012, online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-aus-mauretanien-als-frueherer-sklave-bist-du-nichts-1.1374517>

Russell, Bertrand, Warum ich kein Christ bin, Vortrag am 6. März 1927 für die National Secular Society, South London Branch in der Battersea Town Hall, online unter: http://www.bfg-bayern.de/ethik/Personen/Russell_Bertrand.htm

Schröder, Gerhard: Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor der 58. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York, 24. 09. 2003, in: Beck, Kurt (Hrsg)/Heil, Hubertus (Hrsg.): Sozialdemokratische Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, Nomos Verlag, Baden-Baden 2007

Schulz, Martin: Außen- und Europapolitik der SPD, in: Beck, Kurt (Hrsg)/Heil, Hubertus (Hrsg.): Sozialdemokratische Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, Nomos Verlag, Baden-Baden 2007

Springer Gabler Verlag (Herausgeber), Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Sozialdarwinismus, online unter: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/13098/sozialdarwinismus-v8.html>

Steinmeier, Frank-Walter: Sozialdemokratische Europapolitik, in: Beck, Kurt (Hrsg)/Heil, Hubertus (Hrsg.): Sozialdemokratische Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, Nomos Verlag, Baden-Baden 2007

http://de.wikipedia.org/wiki/Omar_Khadr

Youtube-Video: Herbert Wehner in Moskau 1937 - Teil 1/5, Minute 0:12, online unter:
<http://www.youtube.com/watch?v=5bz-EucdnIc>